

# metall



**Dein Magazin**

Jahrgang 78 | 2/2026 | D 4713 | [igmetall.de/metall](https://igmetall.de/metall)

## Besser mit Mitbestimmung

IG Metall ficht Betriebsratswahl bei Tesla in Grünheide an



*Foto Titelseite: Christian von Polentz*

*Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 16. April 2026*



Foto: Thomas Range

## Editorial

# Erst unsere Jobs, dann eure Profite!



Foto: Lando Hass

Der 1. Mai steht vor der Tür. Ich hoffe, wir sehen uns wie jedes Jahr auf den Kundgebungen des DGB. Erst unsere Jobs, dann eure Profite – das ist unser diesjähriges Motto. Wer in Dauerschleife fordert, welche Leistungen bei Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen gekürzt werden sollen, den erinnern wir gern: Allein in den Branchen der IG Metall haben die Beschäftigten im vergangenen Jahr Beiträge in Milliardenhöhe eingebracht, um ihre Arbeitsplätze zu retten. Auch durch Mehrarbeit und Verzicht auf vereinbarte Gehaltssteigerungen.

Unsere Betriebsrätebefragung zeigt: Unternehmen investieren zu wenig in ihre Betriebe und die Beschäftigten am Industriestandort Deutschland. **Die Politik muss jetzt die wirtschaftlichen Folgen des Iran-Kriegs mildern. Jeder Euro, der jetzt (Energie-)Kosten dämpft, Wachstum stützt und Beschäftigung fördert, ist gut investiert. Die Menschen in Deutschland müssen entlastet werden. Dass sich Mineralölkonzerne die Taschen vollmachen, ist unanständig. Warum nicht über eine Übergewinnsteuer nachdenken?**

Mit unserer Initiative für Arbeit und Aufschwung gehen wir in die Offensive. Entscheidungen müssen schneller getroffen werden – deshalb nehmen wir die Bürokratie in den Betrieben unter die Lupe. Dies gilt auch für das Thema Krankenstand. Scheindebatten über Blaumacher sichern keine Arbeitsplätze und schaffen keine Innovationen. Weiterhin wollen wir die Einführung von künstlicher Intelligenz aktiv gestalten. So können Unternehmen produktiver werden.

**Lasst uns am Tag der Arbeit gemeinsam auf die Straße gehen und Politik und Arbeitgeber daran erinnern, dass jetzt Krisenmanagement zum Schutz von Arbeitsplätzen angesagt ist.**

PS: Die Betriebsratswahlen laufen gut für das Team IG Metall. Glückwunsch an alle neu- und wiedergewählten Betriebsratsmitglieder. Viel Erfolg für alle, die im Mai wählen!

Eure  
Christiane Zewe

## Tarif

# 15 Tage auf See, bald mit Metall-Tarif

### WINDKRAFT

Um 14,4 Prozent in 20 Monaten steigen die Löhne der Beschäftigten des Offshore-Windkraftdienstleisters Wind Multiplikator. Das haben sie in einem Tarifvertrag durchgesetzt. Der Tarifvertrag hilft auch dem wachsenden Unternehmen bei der Suche nach Fachkräften.

Von Dirk Erb



Foto: IG Metall

Ab Juni gibt es 6,6 Prozent mehr im Monat. Ihr neuer Tarifvertrag bringt den Beschäftigten des Windkraftdienstleisters Wind Multiplikator in Emden deutlich mehr Geld für ihre gute, harte Arbeit: Sie warten Offshore-Windräder weit draußen in der Nordsee, reparieren und tauschen aus.

Die Servicetechniker sind dazu 15 Tage ununterbrochen auf dem Schiff und arbeiten dort in 12-Stunden-Schichten. Eine spezielle Offshore-Arbeitszeitverordnung erlaubt das. Danach haben sie 13 Tage frei. Für größere Instandhaltungen demontieren und montieren sie tonnenschwere Naben, Gondeln und Flügel – und transportieren sie in die große Halle am Emdener Freihafen zu ihren Onshore-Kollegen.

### Plus 14,4 Prozent in 20 Monaten

Ihren neuen Tarifvertrag bei Wind Multiplikator haben sie Anfang vergangenen Jahres mit der IG Metall Emden durchgesetzt, in mehreren Verhandlungen und mit einem Warnstreik. Die erste Tarifierhöhung um 4 Prozent gab es bereits im Mai 2025, die zweite kommt jetzt. Ab Januar 2027 gelten dann die Tarif-Grundentgelte der Metall- und Elektroindustrie – das ist ein Plus von 14,4 Prozent in weniger als zwei Jahren. Jetzt stehen noch Verhandlungen über Leistungsentgelt und Sonderzahlungen an.

Noch vor fünf Jahren bekamen Servicetechniker hier oft noch deutlich unter 3000 Euro brutto im Monat. Jetzt sind es fast 4000 Euro. Und die Arbeitsbedingungen im Offshore-Service insgesamt haben sich deutlich verbessert: In den Anfangszeiten mussten sich bis zu vier Mann eine Kabine auf oft provisorisch umgebauten alten Pötten teilen.

Heute sieht das ganz anders aus. »Das liegt vor allem auch am Druck der IG Metall«, meint Henrik Köller, der bei der IG Metall Emden die Windbranche betreut. Unter anderem wurden die Standards bei der Arbeitssicherheit deutlich verbessert und die Kontrollen der Gewerbeaufsicht ausgebaut.

»Wir sind sehr zufrieden«, meint Stefan, der uns seine Kabine auf der nagelneuen Norwind Maestro zeigt: Einzelkabine mit Außenluke, eigenes Bad, großer LED-Fernseher – und das top ausgestattete Fitnessstudio ein paar Meter den Gang hinunter. Er hat – wie so viele hier – schon bei mehreren Windunternehmen gearbeitet. An Wind Multiplikator schätzt er die familiäre, soziale Atmosphäre, die kurzen Wege. »Durch den Tarifvertrag ist es jetzt noch mal besser geworden.«

## Mit Tarif mehr Fachkräfte

Auch die Arbeitgeberseite sieht den Tarifvertrag positiv: »Natürlich tut das finanziell erst mal weh, wir stehen ja im Wettbewerb«, meint Erich Eckardt, Personalchef von Wind Multiplikator. »Doch früher gab es hier viel Unzufriedenheit durch große Unterschiede beim Gehalt, je nachdem wie die Beschäftigten verhandelt haben. Durch den Tarifvertrag gibt es jetzt für die gleiche Tätigkeit das gleiche Geld. Außerdem gewinnen wir dadurch leichter spezialisierte Fachkräfte.«



Foto: Hannes von der Fecht

Fachkräfte sucht das Unternehmen dringend: Wind Multiplikator hat weitere Windparks dazugewonnen – jetzt sind es fünf – und wächst: von 175 Beschäftigten 2021 auf 420 heute. Und es sollen weitere 30 bis 50 eingestellt werden. Die Konkurrenz um Fachkräfte ist groß: Am Emdener Freihafen und direkt gegenüber der Nordwind Maestro liegen zahlreiche Arbeitsschiffe verschiedener Offshore-Firmen. Darunter sind auch zwei des dänischen Weltmarktführers Ørsted, wo die Beschäftigten mit der IG Metall Emden vor zwei Jahren einen Tarifvertrag durchgesetzt haben. »Und alle stellen ein. Wir müssen als Arbeitgeber attraktiv sein«, macht Holger Cramer, Betriebsratsvorsitzender von Wind Multiplikator, klar. Er hat bereits Anfang der 90er-Jahre als Elektroniker in der Windbranche angefangen und hat bei mehreren Firmen Boomphasen und Massenentlassungen erlebt, als Servicetechniker, Meister und Offshore-Manager. »Betriebsrat war eigentlich nicht mein Ziel, ich bin da eher reingerutscht«, erklärt Holger. »Aber früher war hier vieles ungeregelt – und wir wollten einfach Lösungen. Wir sind einen langen Weg gegangen. Jetzt sind wir ab nächstem Jahr am Metall-Flächentarif dran – und alle wissen: Das ist meine Tariftabelle, das bekomme ich.«

# Forderungen zur Metall-Tarifrunde? Wir fragen Euch!

## **METALL-TARIFRUNDE 2026**

Im Oktober starten die Tarifverhandlungen in der Metall- und Elektroindustrie. Was sollen wir fordern? Die IG Metall befragt die Beschäftigten.

Im September beschließen die Tarifkommissionen die Forderungen der IG Metall für die Tarifrunde in der Metall- und Elektroindustrie. Dazu befragt die IG Metall von Juni bis August die Beschäftigten in 3200 Betrieben: Wie läuft es bei Dir im Betrieb? Welche Themen sind Dir wichtig? Welche Forderung hältst Du für angemessen? Und bist Du dabei, wenn es darum geht, unsere Forderungen auch gemeinsam durchzusetzen?

Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen der Tarifbewegung sind herausfordernd. Etliche Betriebe stecken in der Krise, bauen ab, verlagern, schließen. Hier sichert die IG Metall durch verschiedene Tarifregelungen Arbeitsplätze, etwa durch die Reduzierung der Arbeitszeiten.

Es gibt aber auch immer noch Unternehmen, die hohe Gewinne machen und Milliarden an Dividenden ausschütten.

Wir wollen daher von Dir wissen, was Du willst. Macht Dein Betrieb mit? Dann sei dabei. Die Befragung (kommt per QR-Code zu Dir) dauert nur eine Minute – eine Minute für Deine Zukunft.

### **So läuft die Befragung**

- In teilnehmenden Betrieben werden Flyer mit QR-Code verteilt,
- Du scannst den QR-Code mit Deinem Smartphone,
- Die Befragung (vier Fragen) dauert eine Minute,
- Die Befragung läuft vom 1. Juni bis 28. August.

Fragen? Frag Deine IG Metall vor Ort: [igmetall.de/vor-ort](https://www.igmetall.de/vor-ort)

Tarif

## Zeit, die zählt

### TARIFPOLITIK

Wer sich kümmert, braucht selbst Rückhalt. Zwei Beschäftigte zeigen, wie sehr »Zeit statt Geld« ihr Leben erleichtert. Und wie Tarifpolitik genau dort wirkt, wo der Alltag besonders fordert.

Von Leonie Scholz



Foto: Franz Bischof

Während sich viele Kolleginnen und Kollegen auf den Weg zur Arbeit machen, belädt Holger Zinaleske sein Auto. Ein paar Taschen, Verpflegung und etwas zum Überziehen für die kühleren Abende am Meer. Seit drei Jahren fährt er mit seinen Eltern regelmäßig an die Ostsee. Dorthin, wo sie schon früher oft Urlaub gemacht haben, ein paar freie Tage, »die den beiden ein Stück Lebensfreude zurückbringen«, wie er sagt.

Möglich wird das durch die tariflichen Freistellungstage: die T-ZUG-Tage. Beschäftigte können sie in der Metall- und Elektroindustrie statt eines Zuschlags wählen, wenn sie Angehörige pflegen, Kinder betreuen oder im Schichtdienst arbeiten. Für Holger sind sie längst unverzichtbar geworden. »Gerade wenn die eigenen Eltern älter werden und an der ein oder anderen Stelle mehr Unterstützung gebraucht wird, wird der Faktor Zeit immer wichtiger«, sagt er.

### Verantwortung, die Zeit braucht

Auch im Alltag unterstützt Holger seine Eltern – sie leben gemeinsam unter einem Dach. »Meistens ist täglich was«, sagt er. »Wenn sie etwas brauchen, melden sie sich. Die Wege sind kurz.«

Was nach pragmatischer Organisation klingt, ist vor allem eine Frage der Zeit. Denn Sorgearbeit lässt sich nicht einfach zwischen zwei Termine schieben. Sie braucht Aufmerksamkeit, Geduld und oft auch Flexibilität. Auch Beatrix von Ponickau nutzt die tarifliche Option der T-ZUG-Tage. Sie ist Gefahrstoffbeauftragte bei Siemens – und kümmert sich neben ihrer Vollzeittätigkeit gemeinsam mit ihren Geschwistern um ihre Mutter. Beide Elternteile sind inzwischen über 80 Jahre alt.

Ihr Alltag bringt viele Herausforderungen mit sich: »Arzttermine dauern oft einen ganzen Tag«, erzählt sie. »Untersuchungen, Warterei, Arztgespräche – da möchte ich meine Mutter nicht alleinlassen.«

Für Beatrix sind die T-ZUG-Tage nicht einfach zusätzliche Freizeit. Sie sind eine Möglichkeit, Careearbeit und Erwerbstätigkeit zu vereinbaren. »Es ist eine Entlastung. Man kann hingehen, begleiten, ohne ständig auf die Uhr schauen zu müssen.«

## Die unsichtbare zweite Schicht

Die Geschichten von Holger und Beatrix ähneln sich. Und doch stehen sie für zwei sehr unterschiedliche Realitäten. Holger übernimmt Verantwortung. Statistisch gesehen tun das nur wenige Männer. Beatrix hingegen gehört zu der Gruppe, die den Großteil der Sorgearbeit in Deutschland leistet: Frauen.

Die Daten bestätigen das: Frauen leisten 44,3 Prozent mehr unbezahlte Sorgearbeit als Männer. Das entspricht 79 Minuten mehr pro Tag. Zeit, die für Erwerbsarbeit, berufliche Entwicklung oder auch einfach bei der Erholung fehlt. Die Lücke wird noch größer, wenn Kinder im Haushalt leben: In solchen Familien steigt der sogenannte Gender Care Gap laut aktuellen Berechnungen auf 59 Prozent.

Diese Ungleichheit ist kein Randphänomen, sondern prägt die Lebenswirklichkeit von Frauen: eingeschränktes berufliches Fortkommen, geringere Einkommen, strukturell schlechtere Rentenansprüche. Sorgearbeit – ob Pflege, Kinderbetreuung oder den Haushalt schmeißen – ist gesellschaftlich unverzichtbar, bleibt aber häufig unbeachtet und wird nicht ausreichend anerkannt.

Hier setzen die T-ZUG-Tage an. Sie schaffen Zeit, wo im Alltag oft keine ist. Sie geben Beschäftigten Handlungsspielräume. Außerdem machen sie sichtbar, was häufig nicht gesehen wird.

Viele nutzen diese Möglichkeit. Wenn der Tarifvertrag die Wahl lässt, entscheiden sich rund 60 Prozent für Zeit statt Geld. Das zeigt, wie groß der Bedarf an Entlastung ist – über alle Lebensphasen hinweg.

Beatrix beschreibt, was das konkret bedeutet: Arztbesuche, Haushalt, Organisation, emotionale Unterstützung – all das verschwindet im Alltag leicht hinter Begriffen wie »Pflegegrad«. Doch dahinter steckt oft eine zweite Vollzeitstelle. »Das alles zusätzlich nach Feierabend zu erledigen, wäre kaum zu schaffen.«

## Gemeinsam erkämpft

Dass es diese Wahloption gibt, ist Ergebnis gewerkschaftlicher Stärke. Beschäftigte haben sie gemeinsam durchgesetzt – 1,5 Millionen Streikende sind dafür in der Tarifrunde der Metall- und Elektroindustrie 2018 auf die Straße gegangen. In der vergangenen Tarifrunde 2024 kamen wichtige Verbesserungen hinzu: Erstmals können nun auch Teilzeitbeschäftigte zusätzliche freie Tage wählen. Außerdem wurden die Voraussetzungen für Schichtarbeit vereinheitlicht.

Auch für Eltern wurde der Anspruch erweitert: Die Altersgrenze der Kinder wurde auf zwölf Jahre angehoben, und zusätzlich zu den zweimal

acht Tagen können weitere dreimal sechs Tage genommen werden. Ähnlich sieht es bei der Pflege aus: Wer Angehörige unterstützt, kann über die bisherigen zweimal acht Tage hinaus ebenfalls dreimal sechs zusätzliche Tage beantragen.

## Tarif wirkt

Die T-ZUG-Tage wirken damit über die reine Arbeitszeitfrage hinaus. Sie sind ein Hebel gegen die geschlechtsspezifische Schieflage in der Sorgearbeit. Sie ermöglichen, Erwerbsarbeit und Carearbeit zu vereinbaren, ohne die eigene Gesundheit zu gefährden oder in die Teilzeitfalle zu tappen und damit langfristig in Altersarmut gedrängt zu werden. Nicht zuletzt bieten sie Männern die Chance, Verantwortung zu teilen, sich einzubringen und stereotype Rollenbilder aufzubrechen.

Für Holger ist es selbstverständlich, Verantwortung zu übernehmen. »Meine Eltern haben mich früher auch betütert – jetzt bin ich dran«, sagt er. Und für Beatrix bedeutet die zusätzliche Zeit vor allem Ruhe: »Wenn ich da bin, sind meine Eltern entspannter. Und ich auch.«

## Zeit, die den Unterschied macht

Holger und Beatrix erleben, dass ein paar freie Tage mehr im Jahr den Unterschied machen können. Denn für sie schaffen die T-ZUG-Tage vor allem eines: Zeit – für ihre Eltern, für Gespräche, für ein gemeinsames Essen oder einen Moment der Ruhe. Zeit, die sonst fehlt.

Dahinter steckt eine klare Botschaft: Gute Arbeit heißt nicht nur gute Löhne. Gute Arbeit heißt auch, dass niemand zwischen Beruf und Fürsorge zerrieben wird. Dass Sorgearbeit als das anerkannt wird, was sie ist: systemrelevant. Und dass Tarifpolitik ein Mittel sein kann, Sorgearbeit sichtbar zu machen, zu unterstützen und Gleichstellung ein Stück voranzubringen.

## T-ZUG-Wahloption

### Voll- und Teilzeit

<b>Kinder</b> unter 12 Jahre	Zweimal 8 Tage plus dreimal 6 Tage
<b>Pflege</b>	Zweimal 8 Tage plus dreimal 6 Tage
<b>Schicht</b>	Für alle: 5 Jahre Betriebszugehörigkeit 3 Jahre in Schichtarbeit



**»Es sind die vielen kleinen Dinge: Einkaufen, Arzttermine, Organisatorisches. Die T-ZUG-Tage schaffen hier Entlastung im Alltag.«**

Beatrix von Ponickau, Betriebsratsmitglied bei Siemens

*Foto: privat*

## Titel

# Angriff auf die Mitbestimmung

## BETRIEBSRAT

Arbeitgeber wollen wieder Herr im Haus sein. Die Angriffe auf Betriebsräte und die demokratische Mitbestimmung der Arbeitnehmer nehmen zu: Mobbing, Kündigung, Manipulation. Ein extremes Beispiel ist der Elektroautobauer Tesla. Aber warum? Denn in den meisten Betrieben funktioniert die Mitbestimmung sehr gut.

Von Dirk Erb



Foto: Jörg Farys/Die Projektoren

Elon Musks Videobotschaft vor der Betriebsratswahl beim Elektroautobauer Tesla in Grünheide an die Beschäftigten ist unverhohlen: »Nun, die Dinge werden sicherlich schwieriger, wenn es sozusagen externe Organisationen gibt, die Tesla in die falsche Richtung drängen.« Das heißt: Wenn Ihr die IG Metall wählt, wird hier nicht mehr investiert.

Das bekommen die Beschäftigten an den Wahltagen Anfang März auch noch mal von ihren Vorgesetzten am Montageband eingebläut: »Supervisors haben das Band gestoppt und uns zusammengerufen«, erzählt ein Montagearbeiter, der für die IG Metall-Liste im Betrieb aktiv ist. »Sie sagten uns: ›Wenn die IG Metall gewinnt, dann wird es nichts mit der Werkserweiterung. Also achtet darauf, wen Ihr wählt. Und jetzt gehen wir alle zusammen zur Wahl.« Bei der Betriebsratswahl gewinnt dann die unternehmensnahe Liste »Giga United« 16 Sitze, die Liste »IG Metall – Tesla Workers« wird mit 13 Sitzen zweitstärkste Kraft.

### »IG Metall – Tesla Workers« für bessere Arbeitsbedingungen

Die aktiven Beschäftigten der Liste »IG Metall – Tesla Workers« waren angetreten, um endlich die Arbeitsbedingungen im Werk bei Berlin zu verbessern: Die Löhne liegen deutlich unter denen anderer Autobauer. Es gibt kein Urlaubs- und Weihnachtsgeld, der Arbeitsdruck ist in vielen Bereichen brutal, die Taktzeiten sind kurz. Beschäftigte berichten, dass sie selten Urlaub bekommen, wann sie wollen, über tägliche Schreiereien, über Kollegen, die sich nicht trauen, aufs Klo zu gehen. Der Krankenstand ist hoch, die noch Gesunden müssen umso mehr arbeiten, Atteste werden angezweifelt, Kranke bekommen Lohn abgezogen und werden herausgedrängt. Und die unternehmensnahe Betriebsratsmehrheit winkt fast jede Kündigung durch.

Um das endlich zu ändern, führen die Metallerinnen und Metaller bei Tesla in den Monaten vor der Betriebsratswahl unzählige Gespräche. Nach einer Nikolausaktion der IG Metall für ein Weihnachtsgeld erhöht Tesla die Löhne. Immer mehr Beschäftigte tragen offen IG Metall-T-Shirts im Betrieb. Und rund 3500 Beschäftigte geben ihren Handschlag darauf, dass sie die IG Metall-Liste wählen werden.

Doch es kommt anders. »Am Ende war die Angst bei vielen stärker als die Hoffnung«, meint Jannes Bojert, Leiter des Tesla-Teams der IG Metall. Aber er macht klar: Die Metallerinnen und Metaller lassen sich nicht entmutigen. Sie führen weiter Gespräche, gewinnen Mitstreiter, treffen sich im IG Metall-Haus im ehemaligen Bahnhof Fangschleuse.

Sie sind zu Tesla gekommen, weil sie vom Produkt fasziniert sind. Aber warum nicht zu guten Arbeitsbedingungen? Viele, die begeistert gekommen sind, sind enttäuscht gegangen. Und warum hat Elon Musk ein Problem damit, dass qualifizierte, motivierte Beschäftigte im Betrieb mitbestimmen?



Foto: IG Metall

## Kampagne gegen die IG Metall

Elon Musk ist dafür bekannt, dass er keine Gewerkschaften duldet. Und Tesla scheut keine Kosten und Mühen, um die IG Metall herauszuhalten. Immer wieder werden die Bänder angehalten, um die Beschäftigten in sogenannten »Team Huddles« davon zu überzeugen, dass die IG Metall schlecht für sie ist. Dafür ist dann auf einmal Zeit und Geld da, ebenso wie für ein exklusives Konzert des Rappers Kool Savas in der Gigafactory.

Je näher die Wahl heranrückt, umso schmutziger wird es. IG Metall-Betriebsräte werden drangsaliert, ein Stand der IG Metall-Liste umgeworfen. Und ein IG Metall-Sekretär, der auf Einladung der IG Metall-Betriebsräte einer Betriebsratssitzung beiwohnt, wird beschuldigt, er hätte die Sitzung auf seinem Laptop aufgezeichnet. Der Werksschutz führt ihn in einen Nebenraum und ruft die Polizei, die den Laptop an sich nimmt. Und der Werkleiter verbreitet eilig per E-Mail an alle Beschäftigten, der IG Metall-Sekretär hätte die Sitzung per Tonaufnahme aufgezeichnet, was eine Straftat darstelle. Diese Behauptung postete er zudem auf X, sie wurde dann auch über die Medien verbreitet.

Ende März teilt die Staatsanwaltschaft Frankfurt (Oder) endlich mit: Die Ermittlungen ergaben keinerlei Anhaltspunkte für eine Aufzeichnung auf dem Laptop. Das geschah leider erst drei Wochen nach der Betriebsratswahl. »Alle Beschuldigungen von Tesla sind haltlos«, kritisiert Jan Otto, Bezirksleiter der IG Metall Berlin-Brandenburg-Sachsen. »Hier hat eine Unternehmensleitung mit falschen Vorwürfen in eine Betriebsratswahl eingegriffen.«

## Angriffe nehmen zu

Nach dem Gesetz dürfen Arbeitgeber eine Betriebsratswahl nicht beeinflussen. Daher hat die IG Metall die Betriebsratswahl vor dem Arbeitsgericht angefochten.

Tesla ist ein extremer Fall, mit einem autoritären Boss an der Spitze. Doch auch insgesamt nehmen die Angriffe auf die gesetzliche Mitbestimmung, die Demokratie im Betrieb und auf Betriebsräte zu. Immer mehr Arbeitgeber wollen wieder allein Herr im Haus sein – und heuern dafür auf Union Busting (Gewerkschaftsjagd) spezialisierte Anwälte an. Jede fünfte Betriebsratsgründung in Deutschland wird laut einer Befragung des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts mittlerweile behindert. Arbeitgeber bauen wie bei Tesla ihnen ergebene Betriebsräte auf. Beschäftigte, die ihre demokratische Mitbestimmung wahrnehmen wollen, werden eingeschüchtert.

Zwar haben Betriebsräte und auch Wahlvorstände einen besonderen Kündigungsschutz – und der Gesetzgeber hat 2021 den Schutz auf Initiatoren einer erstmaligen Betriebsratswahl ausgeweitet. Doch das reicht aus Sicht der Gewerkschaften nicht aus: Bei einem Notar registrierte Initiatoren können zwar nicht mehr wegen der Betriebsratswahl gekündigt werden, aber sehr wohl aus einem anderen Grund.

## Wahl per Gerichtsvollzieherin

Genau das geschah beim Autozulieferer Paragon Movasys im bayerischen Landsberg am Lech. 165 Beschäftigte fertigen hier unter anderem den Mechanismus der Rolls-Royce-Kühlerfigur Emily. Doch die Arbeitsbedingungen sind alles andere als Luxus, mit Löhnen unter 2500 Euro brutto im Monat, bei 40 Stunden in der Woche – Mindestlohniveau. Und es knirscht in der Produktion: Beschäftigte berichten, dass die Montagelinie immer wieder steht, weil Teile nicht nachgekauft wurden – und die Beschäftigten müssen dann selbst Minusstunden oder Urlaub einbringen. Anfang Dezember 2025 hängen drei Beschäftigte die Einladung zur Wahlversammlung im Betrieb aus. Einen Tag später bekommt einer der drei, Schichtleiter Samir, seit 24 Jahren im Betrieb, die fristlose Kündigung. Angeblich soll er eine Kollegin zum Arbeitszeitbetrug angestiftet haben, indem er sie wegen Kopfschmerzen nach Hause gehen ließ.

Insgesamt fünf Kündigungen spricht Paragon gegen Samir aus. Doch er hat die IG Metall Oberland und die Belegschaft hinter sich und hält durch. Er gewinnt alle Gerichtsverfahren. Paragon muss ihn weiterbeschäftigen und 8000 Euro Ordnungsgeld zahlen. Im März kommt Samir wieder rein in den Betrieb, mit einer Gerichtsvollzieherin an seiner Seite. Zur Wahl des Wahlvorstands treten zwar auch Kandidierende des Arbeitgebers an, der zudem zahlreiche Einzelgespräche geführt hat. Dennoch gewinnen die Kandidierenden der IG Metall alle Sitze, mit absoluter Mehrheit. Die Betriebsratswahl kann kommen.



Foto: IG Metall Oberland

## Besser mit Mitbestimmung

In Betrieben ab fünf Beschäftigten werden Betriebsräte gewählt. So steht es im Betriebsverfassungsgesetz. Und: Gewerkschaften haben Zutritt zum Betrieb, können die Wahl einleiten und Wahlvorschläge einreichen. Warum behindern Arbeitgeber die vom Gesetz vorgesehene Wahl eines Betriebsrats, hinter dem eine Gewerkschaft steht, die ihn unterstützt? Qualifizierte, erfahrene Beschäftigte wie Samir kennen ihre Betriebe, Produkte und Geschäftsmodelle besser als Manager, die oft nur wenige Jahre da sind – und können den Betrieb voranbringen.

In der großen Mehrheit der Betriebe funktioniert die Mitbestimmung. Arbeitgeber und Betriebsrat arbeiten vertrauensvoll zusammen, zum Wohl von Betrieb und Beschäftigten. Das belegt auch die Forschung: Mitbestimmte Betriebe mit Betriebsrat sind sogar erfolgreicher, gerade mit Gewerkschaft und Tarifvertrag, weil es mehr Gerechtigkeit und weniger Unzufriedenheit gibt. Das zeigt eine neue Studie der Universität Trier: Das Betriebsklima ist um 45 Prozent besser und Beschäftigte empfinden 34 Prozent mehr Selbstwirksamkeit, weil sie gehört werden. Betriebsräte stehen für Demokratie im Betrieb.



Foto: „Solidarität gegen BR-Mobbing“/Helmut Roos

## Nach Hausverbot im Wohnwagen

Das nutzt auch den Betrieben: Die Produktivität ist höher mit motivierten Beschäftigten, die helfen, Prozesse und Produkte zu verbessern. Es gibt weniger Personalfluktuation, qualifizierte Fachkräfte bleiben dem Betrieb treu.

Das verstehen irgendwann auch Betriebe, die ihre Betriebsräte jahrelang bekriegt haben, so wie der Schraubenselbsthersteller Stöger im bayerischen Königsdorf, für den ebenfalls die IG Metall-Geschäftsstelle Oberland zuständig ist. Zwölf Betriebsratsmitglieder in weniger als drei Jahren verließen die Firma. Dabei hat der Betriebsrat bei 130 Beschäftigten nur sieben Sitze. Letztes Jahr im August warf die Geschäftsleitung den Betriebsratsvorsitzenden Artur K. raus und erteilte ihm Hausverbot. Dabei ist der Entwicklungsingenieur alles andere als ein Krawallmacher.

Die IG Metall Oberland besorgte ihm ein mobiles Betriebsratsbüro: einen Wohnwagen auf dem Firmenparkplatz. Er gewann alle Gerichtsverfahren – und kam zurück in die Firma, die zwischenzeitlich Insolvenz angemeldet hatte. Und nun klappt auf einmal auch die vertrauensvolle Zusammenarbeit, berichtet Artur. »Wir arbeiten jetzt gemeinsam an Lösungen, um die Firma und die Arbeitsplätze zu erhalten.«

## Betriebsratswahlen 2026: Zwischenstand

Massive Angriffe gegen die Mitbestimmung und Union Busting nehmen zu, sind aber immer noch die Ausnahme. In der großen Mehrheit der Betriebe funktioniert die Mitbestimmung der Arbeitnehmer. Die turnusgemäßen Betriebsratswahlen 2026 (März bis Mai) laufen bisher insgesamt problemlos und ohne Störfeuer der Arbeitgeber. Auch der in einigen Medien vermutete Vormarsch rechter Listen blieb weitgehend aus.

## Bisherige Ergebnisse aus größeren Unternehmen

	PROZENT	MANDATE AN DIE IG METALL
<b>Airbus</b>	<b>79</b>	<b>132</b> von 167
<b>Audi</b>	<b>85</b>	<b>80</b> von 94
<b>BMW</b>	<b>73</b>	<b>172</b> von 236
<b>Bosch*</b>	<b>91</b>	<b>226</b> von 247
<b>Mercedes</b>	<b>72</b>	<b>153</b> von 213
<b>Volkswagen</b>	<b>85</b>	<b>304</b> von 359

\* Bislang 13 Standorte.

## Bislang 80 % für die IG Metall

Die Kandidierenden der IG Metall gewannen bei den Betriebsratswahlen 2026 bis Redaktionsschluss dieser metall-Ausgabe fast 80 Prozent der Betriebsratsmandate.

## Politik & Gesellschaft

# Bei Thyssenkrupp gibts Tolstoi

## BÜCHERGILDE

In der Kantine des Thyssenkrupp-Werks in Duisburg steht dank der Büchergilde ein Büchertauschschrank. Hinter der Idee steckt eine über 100 Jahre alte Tradition, die auf eine belesene Belegschaft trifft.

Von Gereon Haas



Foto: Thomas Range

Ralf Czerwinski ist überrascht. Er steht vor einem Bücherregal in der Kantine des Thyssenkrupp-Werks in Duisburg. In den Fächern stehen die Bücher in zwei Reihen hintereinander. Darunter Werke von Kurt Tucholsky, Leo Tolstoi, ein Fantasybestseller von Ken Follett, »Faschismus« von der ehemaligen US-Außenministerin Madeleine Albright und ein Buch mit Cocktailrezepten. »Bei der Einweihung des Schrankes haben wir da fünf Bücher reingestellt. Jetzt ist der proppenvoll«, sagt Ralf.

Die Idee für den Schrank entstand 2024. Damals feierte der Verlag und Buchclub Büchergilde seinen 100. Geburtstag. Die Büchergilde steht seit ihrer Gründung den Gewerkschaften in Deutschland nahe, weswegen es sich anbot, zum Jubiläum bei den Duisburger Werkstätten anzufragen, ob sie nicht gemeinsam ein kulturelles Angebot im Werk schaffen könnten. So entstanden zwei Regale mit einigen Büchern der Büchergilde, aufgestellt in zwei Kantinen des Duisburger Thyssenkrupp-Werks. Dort können die Angestellten selbst Bücher reinstellen oder welche herausnehmen. Den Bücherschrank hat Ralf entworfen.

## Von der Werkstatt zurück an den Hochofen

Seit 1993 arbeitet er in der Holzwerkstatt bei Thyssenkrupp. Mittlerweile ist er dort für die Planung zuständig. Als die Anfrage für den Bücherschrank kam, »haben wir direkt zugesagt, denn das war mal eine schöne Idee«, erinnert er sich. Zwar nutzt Ralf den Bücherschrank nicht selbst, weil die Werkstatt weiter weg auf dem Gelände steht. Aber er liest gern – aktuell den Krimi »Mord am Deich« von seinem Lieblingsautor Klaus-Peter Wolf, bei dem er letztens auch eine Lesung besucht hat.

In der Werkstatt arbeiten neben festangestellten Tischlern auch Mitarbeiter von Thyssenkrupp, die nach einer Erkrankung erst wieder in den Arbeitsalltag eingeführt werden müssen. Sie fangen dann zuerst in der Werkstatt an zu arbeiten und nicht direkt am Hochofen. »Manche von ihnen bleiben bis zur Rente, andere stehen irgendwann wieder in der Halle«, sagt Ralf. In der Werkstatt entsteht alles, was das Unternehmen braucht: die Empfangstheke beim Pförtner, Möbel für die Verwaltung und eben auch die Bücherschränke der Büchergilde für die Kantinen. Bevor Ralf mit der Arbeit an denen loslegte, hat er sich erst mal öffentliche Bücherschränke angeschaut. Das Ergebnis ist ein Regal aus Holz und Metall: »Die Idee war, dass man sich zum Lesen auch richtig reinsetzen kann«, erklärt Ralf. Deswegen entwarf er einen Tisch und eine Bank, die aus dem Schrank heraussteht – aus Metall, im Blau von Thyssenkrupp. Zudem sei das Regal flexibel, habe unterschiedliche Fächerhöhen für verschiedene Buchformate und sei schnell wieder ab- und woanders aufgebaut, erklärt Ralf.

Am Schrank hat auch Amelie Frank mitgebaut. Sie ist 22 und hat vergangenes Jahr ihre Gesellinnenprüfung bestanden. Über das Projekt sagt sie: »Das war mal etwas anderes als sonst. Es hat Spaß gemacht, das Bücherregal zu bauen. Kein schlichtes Büromöbel.« Handwerklich sei das Zusammenspiel aus Metall und Holz recht anspruchsvoll gewesen. Denn die Bank und der Tisch aus dem blauen Metall schließen an den hölzernen Regalbrettern direkt an. »Da musste alles passen, denn Holz kannst Du noch korrigieren, Metall ist starr und fest«, weiß Amelie.

Nachdem der Schrank in der Kantine aufgebaut war, hat sie ihn aber nicht mehr besucht. Zwar liest Amelie Frank gern – aktuell »Game of Thrones« und den feministischen Sammelband »Unlearn Patriarchy« –, aber in den Pausen holt sie kein Buch aus der Tasche: »Wir unterhalten uns eigentlich immer«, sagt sie.

## Bücher näher an die Werkbank bringen

Nun zum Praxistest: Die meisten Mitarbeiter laufen am Regal vorbei und gehen schnurstracks zum danebenstehenden Automaten, um ihre Essenskarte aufzuladen. An den Tischen unterhalten sie sich und auf keinem der Tische liegt ein Buch. Trotzdem ist das Regal gut gefüllt. Die Beschäftigten scheinen ihn also zu nutzen, denn nur etwa ein Fünftel der Bücher im Regal sind von der Büchergilde, den Rest müssen Mitarbeiter in den Schrank gestellt haben. Damit scheint der Plan der Büchergilde aufgegangen zu sein: Die Metallerrinnen und Metaller tauschen ihre Bücher im Stahlwerk. Mit dem Bücherschrank wollte die Büchergilde wieder zurück zu ihren Wurzeln. Alexander Elspas ist Geschäftsführer der Büchergilde. Die Frage, die Elspas auf die Idee für das Tauschregal brachte, war: »Wie können wir Bücher wieder näher an die Werkbank bringen?«

## »Lust aufs Lesen machen«

Bücher und Fabrik waren zu Beginn der Büchergilde Programm. 1924 gründete der Bildungsverband der deutschen Buchdrucker die Gilde mit dem Ziel, den Zugang zu Büchern für die Industriearbeiter zu erleichtern. Elspas erzählt, dass damals »Obleute mit dem Fahrrad von Fabrik zu Fabrik gefahren sind und den Leuten ihre Bücher gebracht haben«. Seitdem ist viel passiert. Die Hochzeiten der Literatur sind seit Laptop und Smartphone eher vorbei und auf dem Büchermarkt sieht es düster aus: Seit 2011 ist die Zahl der Käufer um zehn Millionen gesunken. Gegen diesen Trend will sich die Büchergilde behaupten, »aber nicht, indem wir die Leute belehren, dass sie mehr Bücher lesen müssen«, sagt Elspas.

Er möchte die Menschen wieder an die Literatur heranzuführen, »indem wir schöne Bücher herstellen, die wieder Lust aufs Lesen machen«, erklärt er. Und schöne Bücher bilden den Kern der Büchergilde.

Der Verlag hat es sich zur Aufgabe gemacht, die Kunst des Buchdrucks zu erhalten. In seinem Sortiment ummantelt die meisten Bücher ein Umschlag aus bedrucktem Leinen. Auf den Seiten im Inneren finden sich teils Kunstdrucke und Illustrationen. Das Programm besteht aus Romanen, aktuellen Bestsellern oder Büchern von Preisträgern, Krimis, Sachbüchern, Gedichtbänden, aber auch Kochbücher und Poster sind im Angebot. Dabei sind die Preise vergleichbar mit deutlich weniger kunstvoll und hochwertig hergestellten Büchern.

## Politik & Gesellschaft

Elsas hofft, dass die beiden Tauschregale in Duisburg erst der Anfang sind und weitere Betriebe folgen. Jürgen Kerner, dem Zweiten Vorsitzenden der IG Metall, schwebt Ähnliches vor: »Wir brauchen in diesen Zeiten mehr Räume für Begegnung, Austausch, Kultur. Ich wünsche mir, dass wir zum Beispiel wieder Lesungen in Betrieben organisieren – dort, wo die Menschen sind. Die Büchergilde mit ihrem einzigartigen Programm und ihrer besonderen Geschichte ist dafür eine ideale Partnerin.«

Ralf Czerwinski würde dabei gern mithelfen und weitere Regale bauen. Allerdings nicht nur für die Kantinen: »Ich würde die gern in den Produktionshallen aufstellen«, sagt er. Die Pläne für die Schränke hat er noch. Man müsste ihm also nur Bescheid geben.

## Büchergilde & Bücherschränke

- Die Büchergilde ist ein Verlag, eine Genossenschaft und ein Buchclub. Die 60 000 Mitglieder zahlen keinen festen Beitrag, sondern kaufen pro Quartal ein Buch. Für sie sind die Bücher dabei preiswerter. Auch Mitglieder der IG Metall können einzelne Artikel des Verlags zu fairen Preisen kaufen. Mehr Informationen dazu auf IGM Service: **[igmservice.de/shops/buechergilde](https://igmservice.de/shops/buechergilde)**
- Sollte Dein Betrieb Interesse haben, gemeinsam mit der Büchergilde einen Bücherschrank aufzustellen, meldet Euch für weitere Informationen bei Marlen Heislitz von der Büchergilde Gutenberg: **[heislitz@buechergilde.de](mailto:heislitz@buechergilde.de)**



**»Ich wünsche mir, dass wir wieder Lesungen in Betrieben organisieren – dort, wo die Menschen sind. Die Büchergilde ist dafür eine ideale Partnerin.«**

Jürgen Kerner, Zweiter Vorsitzender der IG Metall

*Foto: Lando Hass*

## Politik & Gesellschaft

# Die fünf größten Mythen über den Sozialstaat

## POLITIK

Unser Sozialstaat steht unter Druck wie lange nicht. Die Arbeitgeber wollen ihn am liebsten radikal beschneiden. Doch das würde nur ihnen selbst nützen – und der arbeitenden Mehrheit schaden. Ein Wegweiser durch eine aufgeheizte Diskussion.

Von Simon Che Berberich



Foto: Getty Images/RossHelen

### Mythos 1: »Wir können uns den Sozialstaat nicht mehr leisten«

Mit diesem Satz hat Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) viel Wirbel ausgelöst: Der Sozialstaat ist mit der aktuellen Wirtschaftsleistung »nicht mehr finanzierbar«. So hat es Merz im Herbst öffentlich gesagt – und damit den Ton gesetzt für die andauernde Debatte. Seine Botschaft: Sozialausgaben kürzen. Anders gehe es nicht. Wirtschaftslobby und Arbeitgeberverbände klatschten Beifall. Sie fordern schon lange drastische Einschnitte beim Sozialen. Doch hat der Bundeskanzler mit seiner Behauptung recht?

Eine verbindliche Regel für die Höhe der Sozialausgaben gibt es nicht. Ob sich ein Land seine Sozialausgaben leisten kann, hängt von seiner Wirtschaftskraft ab – da hat Merz im Prinzip recht. Doch der Vergleich zeigt: Im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt sind die Sozialausgaben in Deutschland weder auffällig hoch noch sind sie stark gestiegen.

Gemessen an der Wirtschaftsleistung liegen die Ausgaben für den Sozialstaat seit 15 Jahren bei konstant um die 30 Prozent. Deutschland kann sich seine Sozialausgaben also leisten. Und von einem starken Anstieg der Ausgaben kann keine Rede sein. Warum also das ständige Gerede vom »aufgeblähten« und »unbezahlbaren« Sozialstaat?

Wahrscheinlich deshalb: Vielen Kritikern des Sozialstaats geht es nicht um soziale Sicherheit, sondern um eigene Interessen. Arbeitgeber profitieren, wenn der Sozialstaat beschnitten wird: Sie sparen Lohnnebenkosten, während Beschäftigte die entstandenen Löcher durch private Vorsorge stopfen müssen.

Versicherungskonzerne wittern dabei ein Geschäft. Sie können mit privater Renten-, Pflege- und Gesundheitsvorsorge Profit machen. Und viele Vermögende wollen sich nicht angemessen an der Finanzierung des Sozialstaats beteiligen.

Im Interesse der arbeitenden Menschen ist all das nicht. Beschäftigte sind auf einen gut ausgebauten Sozialstaat angewiesen: sei es in der Arztpraxis, bei der Kinderbetreuung oder im Pflegeheim.

## **Mythos 2: »Wer Bürgergeld bezieht, will nicht arbeiten«**

Das Bürgergeld, das demnächst »Grundsicherung« heißt, erhitzt die Gemüter seit Jahren. Wer jeden Tag arbeiten geht, brav seine Steuern und Sozialbeiträge zahlt, der kann nicht wollen, dass sich andere von diesem Geld ein bequemes Leben finanzieren.

Aber wie verbreitet ist der Missbrauch tatsächlich? Ist es fair, Millionen Bürgergeldempfänger zu verurteilen, weil einige das System ausnutzen? Insgesamt beziehen derzeit rund 5,5 Millionen Menschen Bürgergeld. 1,8 Millionen davon sind Kinder und Jugendliche, können also noch gar nicht arbeiten. Mehr als 800 000 sind sogenannte Aufstocker: Ihr Lohn ist so gering, dass sie ohne zusätzliches Bürgergeld nicht über die Runden kommen. Sie sind arm trotz Arbeit.

Die übrigen Menschen im Bürgergeld wollen fast alle arbeiten. Viele können das aber nicht, weil sie zum Beispiel chronisch krank sind oder alleinerziehend oder weil sie Angehörige pflegen.

Die Erzählung von »faulen Arbeitslosen, die auf unsere Kosten leben« bewirkt nur eines: Sie spaltet, untergräbt Solidarität und schafft eine Stimmung für Sozialkürzungen aller Art. Je schärfer die Grundsicherung ausgestaltet ist, desto abschreckender wirkt sie. Für Beschäftigte entsteht dadurch eine Drohkulisse: In einem solchen System möchte niemand leben.

Aus Angst vor Jobverlust und dem Leben in der Grundsicherung würden sich viele Beschäftigte nicht mehr trauen, für höhere Löhne und gute Arbeitsbedingungen zu streiten.

Davon profitieren am Ende Arbeitgeber und Vermögende, aber sicher nicht Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

## **Mythos 3: »Pflege kann jeder selbst zahlen«**

Quizfrage: Wer kann sich in Deutschland einen Platz im Pflegeheim leisten? Der Ökonom Martin Werding meint: für die meisten Menschen kein Problem. Er sagt: »Es droht keine massive Verarmung durch Pflege. Eine Vollversicherung ist nicht nötig.«

Martin Werding ist nicht irgendwer. Er ist einer der »Wirtschaftsweisen« und berät die Bundesregierung. Sein Wort wird gehört.

Werfen wir einen Blick auf die Fakten: Im Schnitt müssen Pflegebedürftige mehr als 3200 Euro pro Monat für einen Platz im Pflegeheim zahlen (im ersten Jahr). In manchen Bundesländern ist es noch teurer: In Nordrhein-Westfalen sind es fast 3600 Euro im Monat. Zum Vergleich: Die durchschnittliche Rente ist nicht einmal halb so hoch. Für viele Menschen ist Pflege unbezahlbar. Das liegt daran, dass die Pflegeversicherung nur einen Teil der Pflegekosten übernimmt. Den Rest müssen die Pflegebedürftigen selbst stemmen oder deren Angehörige.

Die Pflegeversicherung ist eben keine »Vollversicherung«, sondern eine Teilkasko. Bei ihrer Einführung war das noch anders: Zu Beginn waren die Leistungen der Pflegeversicherung meist kostendeckend.

Für den Großteil der Menschen wäre eine Vollversicherung ein wirkungsvoller Schutz gegen Armut im Alter. Herzstück einer großen Pflegereform wäre die Einführung einer Bürgerversicherung, in die alle Berufstätigen einzahlen.

## **Mythos 4: »Das Gesundheitssystem ist unbezahlbar«**

Wer erinnert sich noch an die Praxisgebühr? Von 2004 bis 2012 mussten Kassenpatienten pro Quartal zehn Euro zahlen, wenn sie einen Arzttermin hatten. Die Gebühr sollte das Gesundheitssystem entlasten. Doch die Bilanz war mies: Viel Bürokratie, sozial ungerecht und kaum Auswirkung auf die Zahl der Arztbesuche.

Trotzdem wollen Arbeitgeber die Praxisgebühr wieder einführen, diesmal als »Kontaktgebühr«. Das ist grundfalsch: Die Kostentreiber im Gesundheitswesen sind Medikamente und Krankenhäuser – und nicht Arztbesuche. Die Idee hinter der neuen Praxisgebühr ist dieselbe, mit der seit Jahren am Gesundheitssystem herumgedoktert wird: Die Versicherten zahlen mehr, die Arbeitgeber sind außen vor. Brille, Zahnarzt, Blutuntersuchungen: Schon lange müssen Beschäftigte deutlich mehr als die Hälfte der Gesundheitsleistungen stemmen.

Das ist der eigentliche Grund, warum Arbeitgeberverbände ständig nach neuen Kürzungen und Zuzahlungen rufen: Sie wollen die Gesundheitskosten einseitig

auf die Arbeitnehmer abschieben. Besser wäre: gute medizinische Versorgung unabhängig vom Geldbeutel – mit einer Bürgerversicherung, in die alle einzahlen.

## **Mythos 5: »Das Renteneintrittsalter muss erhöht werden«**

Es hat etwas von einem Mantra: Alle paar Wochen fordert ein Politiker oder eine Unternehmerin ein höheres Renteneintrittsalter.

Bundeswirtschaftsministerin Katherina Reiche (CDU) ist da keine Ausnahme. Für sie ist ein höheres Rentenalter »unumgänglich«. Schließlich würden wir ja alle immer älter.

Die Lebenserwartung ist gestiegen. Das stimmt. Es bedeutet aber nicht, dass alle auch länger arbeiten können. Viele Jobs sind geprägt von Arbeitsverdichtung, Leistungsdruck und Stress. Und gerade in der Industrie gibt es nach wie vor viele Arbeitsplätze, die körperlich belastend sind. Unter diesen Bedingungen ist es nicht realistisch, bis 67 oder gar 70 durchzuhalten.

Schon jetzt bleibt vielen nur die Möglichkeit, früher in Rente zu gehen, allerdings mit deutlichen Abschlägen.

Heißt: Wer körperlich oder psychisch stark belastet ist, wird doppelt bestraft – durch kürzere Lebenserwartung und geringere Rente.

Wer in dieser Lage eine weitere Anhebung des Renteneintrittsalters fordert, dem geht es nicht um Gerechtigkeit zwischen den Generationen, sondern um eine versteckte Rentenkürzung. Die Arbeitgeber würden entlastet. Die Beschäftigten zahlen den Preis.

## **Offensiv für einen starken Sozialstaat**

Die Angriffe auf unseren Sozialstaat werden immer schärfer.

Für die IG Metall steht fest: Der Sozialstaat ist mehr wert, als er kostet. Und nie war er so wertvoll wie heute. Er ist das Sicherheitsnetz in unsicheren Zeiten. Die arbeitende Mehrheit ist auf gute Sozialleistungen angewiesen – bei der Rente, bei der Kinderbetreuung, bei Arbeitslosigkeit. Deshalb haben wir unsere Sozialstaatsoffensive gestartet. Die IG Metall wird im Streit um den Sozialstaat Stellung beziehen und sich gegen Angriffe auf soziale Errungenschaften zur Wehr setzen.

Alle Infos dazu gibt es hier: [\*\*sozialstaat.igmetall.de\*\*](https://www.sozialstaat.igmetall.de)

## Rat für Tat

# Teilzeit: Was für Beschäftigte gilt

## RECHT SO

Durch Teilzeit können Beschäftigte ihre Arbeitszeit ihrer persönlichen Lebenssituation anpassen. Aber nicht in jedem Fall muss der Arbeitgeber der gewünschten Verringerung der Arbeitszeit zustimmen.



Foto: Getty Images/Tuayai

Beschäftigte können eine Verringerung ihrer Arbeitszeit verlangen, wenn das Arbeitsverhältnis länger als sechs Monate besteht und der Arbeitgeber mehr als 15 Arbeitnehmer – ohne Auszubildende – beschäftigt. Grundlage ist Paragraph 8 Teilzeit- und Befristungsgesetz (TzBfG).

Der Arbeitgeber hat der Verringerung zuzustimmen, soweit dem Wunsch keine betrieblichen Gründe entgegenstehen. Das ist zum Beispiel dann der Fall, wenn die Arbeitszeitverringerung die Organisation oder den Arbeitsablauf wesentlich beeinträchtigt oder unverhältnismäßige Kosten verursacht. Die bloße Notwendigkeit einer ErsatzEinstellung, Einarbeitung oder Umstrukturierung reicht als Ablehnungsgrund nicht aus.

Die Teilzeit nach Paragraph 8 TzBfG gilt unbefristet. Ein allgemeiner Anspruch auf spätere Erhöhung der Arbeitszeit besteht nicht. Beschäftigte haben aber gemäß Paragraph 9 TzBfG einen Anspruch darauf, bei der Besetzung eines entsprechenden freien Arbeitsplatzes bei gleicher Eignung bevorzugt berücksichtigt zu werden, wenn dem Arbeitgeber der Aufstockungswunsch bekannt ist. Nach Paragraph 7 Absatz 2 TzBfG muss der Arbeitgeber über entsprechende Arbeitsplätze informieren. Hiervon zu unterscheiden ist die Brückenteilzeit nach Paragraph 9a TzBfG. Dabei handelt es sich um eine befristete Teilzeit für ein bis fünf Jahre. Nach Ablauf gilt wieder automatisch die vorherige Arbeitszeit. Brückenteilzeit gilt allerdings erst in Betrieben mit mehr als 45 Beschäftigten.

## Drei Monate Vorlauf

Die Beantragung muss in beiden Fällen spätestens drei Monate vor dem gewünschten Beginn in Textform erfolgen, eine E-Mail reicht aus. Der Arbeitgeber muss spätestens einen Monat vor dem gewünschten Beginn antworten. Tut er das nicht, gilt die Teilzeit als genehmigt. Für einen erneuten Antrag gelten zeitliche Einschränkungen. Teilzeitkräfte dürfen wegen der Teilzeitbeschäftigung nicht schlechter behandelt werden als vergleichbare Vollzeitbeschäftigte, es sei denn, sachliche Gründe rechtfertigen dies.

## Anspruch auf Zuschläge

Das bedeutet, dass Teilzeitbeschäftigte Arbeitsentgelt und andere finanzielle Leistungen entsprechend ihrer Arbeitszeit im Vergleich zu einer Vollzeitkraft erhalten müssen. Wenn ein Tarifvertrag zum Beispiel Spät- oder Nachtzuschläge für Vollzeitkräfte vorsieht, dürfen Teilzeitbeschäftigte davon nicht ausgeschlossen werden. Rechtfertigungsgründe für eine Benachteiligung prüfen die Gerichte zum Glück streng.



*Foto: Thomas Burckhardt*

### **Yuliya Zemlyankina**

ist Juristin bei der DGB Rechtsschutz GmbH und schreibt in jeder Ausgabe über Fälle aus der Praxis. Ihr habt Fragen zum Rechtsschutz? Die zuständige Geschäftsstelle der IG Metall hilft Euch gern weiter: **[igmetall.de/vor-ort](https://www.igmetall.de/vor-ort)**

## § Alles Recht



Illustration: Henning Reith

### RÜCKZAHLUNG VON FORTBILDUNGSKOSTEN

**Bundesarbeitsgericht: Unklare oder zu weitgehende Klauseln zulasten des Arbeitgebers**

Fortbildung liegt im Interesse von Arbeitgebern und Beschäftigten. Unter bestimmten Voraussetzungen können vom Arbeitgeber getragene Fortbildungskosten bei vorzeitigem Ausscheiden zurückgefordert werden, insbesondere wenn die Qualifikation auch außerhalb des Betriebs verwertbar ist und ein angemessener Bindungszeitraum vereinbart wurde. Ist die Rückzahlungsverpflichtung zu weitgehend oder unklar formuliert (etwa übermäßige Bindungsdauer oder Rückzahlung bei jeder Art von Beendigung des Arbeitsverhältnisses), führt dies zum Wegfall der Rückzahlungspflicht. Dabei ist unerheblich, ob personenbedingte Gründe die Eigenkündigung veranlasst haben. Die gesetzlichen Vorschriften der Paragraphen 305 ff. Bürgerliches Gesetzbuch missbilligen bereits das Stellen inhaltlich unangemessener Formularbedingungen, nicht erst deren unangemessenen Gebrauch im konkreten Fall. Die Unwirksamkeit führt zum ersatzlosen Wegfall der Rückzahlungsbestimmung.

**Bundesarbeitsgericht, Urteil vom 21.10.2025 – 9 AZR 266/24**

### ARBEITSUNFALL BEIM KAFFEEHOLEN

**Bundessozialgericht: Ausrutschen in betrieblicher Risikosphäre Sozialraum**

Das Bundessozialgericht (BSG) hatte folgenden Fall zu entscheiden: Die Verwaltungsangestellte eines Finanzamts war beim Kaffeeholen im betrieblichen Sozialraum auf einem frisch gewischtem, nassen Boden ausgerutscht. Dabei zog sie sich einen Bruch des dritten Lendenwirbelkörpers zu. Versichert sind grundsätzlich nur Tätigkeiten, die betriebsdienlich sind. Hier handelte es sich aufgrund der für die Klägerin üblichen Pause zur Kaffeezeit aber um eine sogenannte eigenwirtschaftliche Tätigkeit, die grundsätzlich nicht unter Versicherungsschutz steht. Der Unfallort lag jedoch im Verantwortungsbereich des Arbeitgebers. Der Raum war ausdrücklich als Sozialraum unter anderem auch für die betriebliche Getränkeversorgung vorgesehen und damit Teil der betrieblichen Risikosphäre. Die Klägerin erlag dadurch einer besonderen Betriebsgefahr. Das BSG wertete das Ereignis deshalb als Arbeitsunfall.

**Bundessozialgericht, Urteil vom 24. September 2025 – B 2 U 11/23 R**

## **FAHRTEN ALS ARBEITSZEIT**

**EuGH-Urteil: Bei wechselnden Einsatzorten gilt die Hin- und Rückfahrt als Arbeitszeit**

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat entschieden, dass Fahrten zu wechselnden Einsatzorten als Arbeitszeit gelten. Dies betrifft insbesondere Außendienstmitarbeiter und Monteure. Die Begründung: Während dieser Fahrten stehen die Beschäftigten dem Unternehmen zur Verfügung und können nicht frei über ihre Zeit verfügen. Beschäftigte müssen zu einer bestimmten Zeit am Treffpunkt sein, müssen etwa gemeinsam mit Kollegen im Firmenfahrzeug fahren und können unterwegs keine privaten Dinge erledigen. Die Fahrzeit zählt bei der Berechnung mit, ob die gesetzlich zulässige Höchstarbeitszeit überschritten ist. Sie zählt auch bei der Frage, ob die Ruhezeiten eingehalten werden. Dabei macht es keinen Unterschied, ob Beschäftigte selbst am Steuer sitzen oder mitfahren. Und es spielt keine Rolle, was im Arbeitsvertrag steht. Das EU-Recht geht vor. Das Urteil des EuGH stärkt den Gesundheitsschutz der Beschäftigten. Es macht Überstunden und die Einhaltung von Ruhezeiten transparent.

**EuGH, Urteil vom 9. Oktober 2025 – C-110/24**

## **Politik & Gesellschaft**

# **Wann und wie wird der Strom günstiger?**

### **EIN THEMA, ZWEI MEINUNGEN**

Der Iran-Krieg zeigt, welche Folgen es hat, auf Importe fossiler Rohstoffe angewiesen zu sein. Doch der Weg zur Unabhängigkeit von Gas, Öl und Kohle ist noch weit: Deutschlands Energieverbrauch ist immer noch zu mehr als 70 Prozent von fossilen Energieträgern abhängig. Und seit Inkrafttreten des Erneuerbare-Energien-Gesetzes am 1. April 2000 steigt der Strompreis stetig. Wir haben Prof. Dr. Claudia Kemfert und Prof. Dr. Hans-Wilhelm Schiffer gefragt, wie es mit der Energiewende weitergehen muss und wann sie günstigeren Strom für deutsche Unternehmen liefert.



Foto: Oliver Betke

**»Wenn wir die energiepolitischen Kurzschlüsse überwinden und konsequent handeln, kann Deutschland schon in diesem Jahrzehnt von dauerhaft günstiger, sauberer und sicherer Energie profitieren.«**

Deutschland steht erneut unter dem Druck steigender Energiepreise, und die Ursachen sind klar: Es ist vor allem die anhaltende Abhängigkeit von fossilen Energien, die die Kosten treibt und die Risiken verschärft. Nicht die Energiewende ist das Problem, sondern das Festhalten an überholten Strukturen.

Genau hier liegt der zentrale energiepolitische Kurzschluss: Statt die Ursachen zu beheben, reagieren wir immer wieder mit Maßnahmen, die die Probleme verlängern. Neue Gaskraftwerke, das Offenhalten fossiler Heizsysteme oder Debatten über vermeintlich einfache Lösungen stabilisieren ein System, das uns teuer zu stehen kommt – ökonomisch wie geopolitisch.

Für die Industrie ist entscheidend: Günstiger Strom entsteht nicht durch das Festhalten an fossilen Energien, sondern durch deren Ersatz. Wind- und Solarenergie sind heute die günstigsten Energiequellen. Je schneller wir sie ausbauen, desto schneller sinken die Strompreise. Der Schlüssel liegt daher in Tempo, Skalierung und Systemintegration.

Das bedeutet konkret: Der Ausbau erneuerbarer Energien muss weiter beschleunigt werden – auf Dächern, an Land und auf See. Wir brauchen alle Dächer, denn Flächen sind knapp und jede Kilowattstunde zählt. Gleichzeitig müssen dezentrale Netze, Speicher und Digitalisierung massiv vorangetrieben werden. Ohne flexible Systeme – von Batteriespeichern bis zu intelligentem Lastmanagement – bleibt günstiger Strom im System stecken, statt bei den Unternehmen anzukommen.

Aktuelle Entwicklungen zeigen zudem, wie riskant der fossile Weg ist. Die jüngsten geopolitischen Spannungen und Engpässe auf den Öl- und Gasmärkten führen erneut zu massiven Preisschocks. Wir erleben eine fundamentale fossile Energiekrise, die die Verwundbarkeit unseres Systems offenlegt. Wer jetzt weiter auf fossile Infrastrukturen setzt, verschärft diese Risiken. Die gute Nachricht: Die Energiewende funktioniert bereits. Erneuerbare Energien liefern einen wachsenden Anteil am Strommix, schaffen Arbeitsplätze und stärken die industrielle Wertschöpfung. Entscheidend ist, die nächsten Schritte konsequent zu gehen: mehr system- und netzdienliche Ausschreibungen für erneuerbare Energien, gezielte Investitionen in smarte und dezentrale Netze und Speicher und klare industriepolitische Leitplanken.

Für die Industriepolitik bedeutet das auch: Statt kurzfristiger Subventionen für Strompreise brauchen wir langfristig stabile Rahmenbedingungen. Klimaschutzverträge, Investitionen in Effizienz und Elektrifizierung sowie der Ausbau klimaneutraler Technologien sichern Wettbewerbsfähigkeit nachhaltiger als jede Preisbremse.

Die Energiewende ist damit kein Kostenfaktor, sondern ein Standortvorteil. Sie schützt Unternehmen vor Preisschocks, reduziert Importabhängigkeiten und eröffnet neue Märkte. Wer heute in erneuerbare Energien, Speicher und Effizienz investiert, sichert sich die günstige Energie von morgen.

Die entscheidende Frage ist daher nicht, ob die Energiewende günstigen Strom liefert – sondern wann wir aufhören, sie auszubremsen. Wenn wir die energiepolitischen Kurzschlüsse überwinden und konsequent handeln, kann Deutschland schon in diesem Jahrzehnt von dauerhaft günstiger, sauberer und sicherer Energie profitieren.



Foto: André Laaks, Essen

### **»Generell ist es geboten, die Strompreise von Sonderlasten zu befreien, wie zum Beispiel der Stromsteuer.«**

Mit der Liberalisierung des Strommarktes im Jahr 1998 war die Systemeffizienz durch Entfesselung der Marktkräfte deutlich erhöht worden. Diese zunächst positive Entwicklung ist einem wachsenden Interventionismus und Dirigismus gewichen. Die vorzeitige Stilllegung verlässlicher Anlagen auf Basis von Kernenergie und Kohle wurde rechtsverbindlich geregelt. Ausbau erneuerbarer Energien zur Stromerzeugung ist mit Förderbeiträgen vorangetrieben worden, die sich über die vergangenen 25 Jahre auf mehr als 300 Milliarden Euro summieren. Rangierte Deutschland im Jahr 2000 unter den 20 größten Industrienationen – gemessen am Anteil erneuerbarer Energien an der Stromerzeugung – noch auf Platz 15, erreichten die erneuerbaren Energien 2025 unter den G-20-Staaten nur in Brasilien und in Kanada größere Anteile als in Deutschland. Zwar dämpft dieser starke Ausbau die Großhandelspreise für Strom. Allerdings verursacht die Transformation der Stromversorgung hohe Systemkosten für den notwendigen massiven Ausbau von Transport- und Verteilnetzen, Speichern und steuerbaren Back-up-Kraftwerken.

Die Finanzierung des Ausbaus erneuerbarer Energien erfolgt seit Mitte 2022 nicht mehr durch eine Umlage auf den Strompreis. Stattdessen werden die dafür notwendigen Mittel aus dem Bundeshaushalt bereitgestellt. Außerdem erhalten die vier großen Übertragungsnetzbetreiber 2026 einen Bundeszuschuss von 6,5 Milliarden Euro aus dem Klima- und Transformationsfonds.

Dennoch verbleibt Deutschland bei den Strompreisen international in der Spitzengruppe. Die Reputation der deutschen Energiewende im Ausland hat sich trotz der positiven Entwicklung beim Ausbau erneuerbarer Energien und bei der Senkung der Treibhausgasemissionen in den vergangenen Jahren verschlechtert. Dies wird durch Umfragen belegt, die der Weltenergieat Deutschland in seinem internationalen Netzwerk durchgeführt hat. Die Energiewende nach deutschem Muster gilt vielfach als nicht vereinbar mit wirtschaftlichem Wachstum.

Was ist zu tun? Eine Rückbesinnung auf die Lenkungswirkung durch Marktkräfte unter gleichrangiger Verfolgung der Ziele Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit sowie Umwelt- und Klimaschutz ist geboten. Der fortgesetzte Ausbau der erneuerbaren Energien sollte auf den tatsächlich zu erwartenden – im Vergleich zu früheren Annahmen deutlich niedrigeren – Stromverbrauchsanstieg abgestimmt und mit dem Netzausbau synchronisiert werden. Die Flexibilisierung und die Digitalisierung der Stromversorgung sind voranzutreiben. Es sind Konzepte zu entwickeln, wie der Verlagerung energieintensiver Produktionen aus Deutschland entgegengewirkt werden kann.

Dazu kann die Einführung eines Industriestrompreises zugunsten von Unternehmen, die durch hohe Strompreise in ihrer Wettbewerbsfähigkeit bedroht sind, ein geeignetes

Mittel sein. Generell ist es geboten, die Strompreise von Sonderlasten zu befreien, wie zum Beispiel der Stromsteuer beziehungsweise weiteren staatlichen Umlagen. Auch sollte die kostenlose Zuteilung von CO<sub>2</sub>-Zertifikaten im Rahmen des europäischen Emissionshandelssystems zugunsten der energieintensiven Industrie zumindest so lange aufrechterhalten werden, wie es außerhalb der EU keine entsprechende CO<sub>2</sub>-Bepreisung gibt.

Angesichts der bestehenden Herausforderungen sollte die Bundesministerin für Wirtschaft und Energie ein Energieprogramm vorlegen, in dem die Maßnahmen und Instrumente dargelegt sind, wie die Ziele der Energie- und Klimapolitik möglichst kosteneffizient erreicht werden können, zumal das »jüngste« Energiekonzept der Bundesregierung aus dem Jahr 2010 datiert, also als Orientierung komplett überholt ist.

**Kurz & bündig**

**GLEICHSTELLUNG**

## **Drei Fragen an Gaye Yalcinkaya, Gewinnerin des Wettbewerbs »Die gelbe Hand«**

**Du hast ein Gedicht gegen Rassismus geschrieben, das nun ausgezeichnet wurde. Worum geht es Dir?**

Ich will Rassismus sichtbar machen und Betroffenen eine Stimme geben. Rassismus spaltet. Und Spaltung nützt nur denen, die von Ausbeutung profitieren. Mein Gedicht ist ein Statement für eine Gesellschaft, in der Vielfalt als Stärke verstanden wird. Ich wünsche mir, dass mehr Menschen Haltung zeigen und mit mir gegen Rassismus, Faschismus und Diskriminierung eintreten.

**Welche Rolle spielt Alltagsrassismus für Dich?**

Leider eine große. Es gibt oft Momente, in denen mir signalisiert wird: Ich gehöre nicht ganz dazu. Es sind Aussagen wie »Woher kommen Sie wirklich?« oder »Sie sprechen aber gut Deutsch«. Daran gewöhnt man sich nicht. Meine Großeltern kamen als sogenannte Gastarbeiter nach Deutschland – mit der Hoffnung auf ein besseres Leben und der Erfahrung, nie wirklich willkommen gewesen zu sein. Diese Erfahrungen haben mir gezeigt, wie wichtig es ist, nicht zu schweigen.

**Wie hilft Dir Deine Arbeit in Betrieb und IG Metall?**

Ich muss nicht jede Situation allein tragen. Entscheidend ist für mich, dass wir uns organisieren und gemeinsam dagegenhalten. Denn Solidarität gewinnt. Ich nehme Alltagsrassismus nicht einfach so hin. Als gewerkschaftlich und politisch engagierter Mensch ist es für mich wichtig, ihn zu benennen. Ich wandle den Frust in Motivation und Kampfgeist um.

**gelbehand.de**



**Gaye Yalcinkaya**

Die Metallerin ist Betriebsrätin bei Salzgitter Flachstahl

*Foto: privat*

## INTEGRATION VON GEFLÜCHTETEN

# Herzensprojekt für Solidarität und Gerechtigkeit

Beratungsstelle Der Laden feiert Zehnjähriges



Foto: Theresa Rundel

Es fing alles an mit Sprachkursen für Geflüchtete, die vor über zehn Jahren nach Deutschland kamen. Da die staatlichen Stellen hoffnungslos überfordert waren, richtete die IG Metall in Frankfurt eine Anlaufstelle ein. Zum zehnjährigen Bestehen halten viele ehemalige Geflüchtete immer noch den Kontakt zur IG Metall. Ihre Geschichten zeigen, wie Integration gut gelingen kann.

Aman Kifle aus Eritrea kam mit seiner Frau und seiner Tochter 2015 erstmals in die Beratungsstelle. Er ist inzwischen unbefristet bei einem Paketdienst angestellt und hat sich vom Lagerarbeiter zum Lkw-Fahrer hochgearbeitet.

Fatima Jabnoun aus Tunesien erlebte Gewalt von ihrem Ehemann. Er drohte, sie umzubringen und die Kinder nach Tunesien zu entführen. Die Ehe ist inzwischen geschieden und der Ex-Ehemann nach Tunesien zurückgekehrt. Ahmed Shakib Pouya aus Afghanistan hat seit letztem Jahr die deutsche Staatsbürgerschaft und arbeitet bei der Deutschen Bahn als Sicherheitskraft. Er hat wesentlich zum Aufbau der Beratungsstelle beigetragen. Freda Asamoah aus Ghana kam schwanger nach Deutschland. Sie arbeitet derzeit in einem Minijob und möchte gern Busfahrerin werden.

### Feste Institution in Frankfurt

Jürgen Kerner, Zweiter Vorsitzender der IG Metall, würdigte bei der Feier zum zehnjährigen Bestehen die Beratungsstelle als Herzensprojekt der IG Metall. »Gewerkschaftsarbeit ist immer auch Bewegung für Solidarität, Gerechtigkeit und Mitmenschlichkeit.« Seit der Gründung haben Tausende im Laden Hilfe gefunden, sagt die Metallerin Bianka Huber, die die Beratungsstelle wesentlich geprägt hat. »Die Schicksale, mit denen wir hier konfrontiert sind, haben uns oft sehr bewegt.« Infos zum Trägerverein der Beratungsstelle und Möglichkeiten für Spenden unter: [helfenhilftpunkt.de](https://www.helfenhilftpunkt.de)

## RENTENERHÖHUNG

### Beitragsanpassung für Mitglieder in Rente

#### Anhebung parallel zur Rentenerhöhung

Jedes Jahr werden zum 1. Juli neue Rentenwerte festgelegt. Dazu fassen die Bundesregierung und der Bundesrat einen entsprechenden Beschluss. Die Altersbezüge steigen zum 1. Juli 2026 in allen Bundesländern voraussichtlich um 4,24 Prozent. Der aktuelle Rentenwert erhöht sich damit von 40,79 Euro auf 42,52 Euro. Für einen Rentner mit durchschnittlichem Einkommen und 45 Beitragsjahren bedeutet das ein monatliches Plus von rund 78 Euro brutto. Parallel zur Rentenerhöhung passt die IG Metall die Beiträge für Mitglieder mit Rentenbezügen an. Sie werden in der beschlossenen Höhe ab dem Beitragsmonat der Rentenanpassung angehoben.

## SOZIALPOLITIK

### Bündnis für starken Sozialstaat

#### Klare Erwartungen an die Politik

Die Angriffe auf den Sozialstaat werden immer heftiger. Die IG Metall stemmt sich dagegen. Gemeinsam mit 13 weiteren Organisationen hat sie ein Sozialstaatsbündnis gegründet. Es vertritt über 20 Millionen Menschen. Ziel des Bündnisses: ein starker und zukunftssicherer Sozialstaat – mit auskömmlichen Renten, bezahlbarer Pflege, verlässlichem Gesundheitssystem und einem höheren Beitrag der Hochvermögenden zum Gemeinwohl. Mehr Infos zu dem neuen Sozialstaatsbündnis gibt es hier: [igmetall.de/sozialpolitik](https://igmetall.de/sozialpolitik)

## ÖFFENTLICHE AUFTRÄGE

### Tariftreuegesetz mit Mängeln

#### Schlupflöcher bleiben

Der Bundestag hat das Bundestariftreuegesetz beschlossen. Künftig darf der Bund viele öffentliche Aufträge nur noch an Unternehmen vergeben, die nach Tarif zahlen. Doch das Gesetz bietet noch zu viele Schlupflöcher. Die IG Metall fordert weitere Maßnahmen für mehr Tarifbindung in Deutschland. Ein wirksames Tariftreuegesetz hat breite Unterstützung in der Bevölkerung. Das zeigt eine aktuelle Umfrage des Deutschen Gewerkschaftsbunds (DGB).

## MITGLIEDERVORTEIL LEIHARBEIT

### Extrazahlung für Mitglieder

#### Ab 19. Mai beantragen

Mitglieder in Leiharbeit können ab dem 19. Mai wieder ihre Extrazahlung zum Urlaubsgeld beantragen. Voraussetzungen sind eine mindestens sechsmonatige Mitgliedschaft in der IG Metall und eine mindestens sechsmonatige Beschäftigung beim Verleiher, jeweils zum Stichtag 30. Juni. Das Urlaubsgeld 2026 beträgt je nach Beschäftigungsdauer beim Verleihbetrieb 229,48 bis 458,95 Euro, Mitglieder erhalten dazu noch zwischen 286,85 und 573,70 Euro. Dafür müssen sie einen Antrag bei ihrem Verleiher stellen. Mehr Infos dazu gibt es auf: [igmetall.de/mitgliedervorteil-leiharbeit](https://igmetall.de/mitgliedervorteil-leiharbeit)

**MAIFEIERTAG****1. Mai 2026: Erst unsere Jobs, dann eure Profite**

Gemeinsam auf die Straße für sichere Arbeitsplätze

*Foto: DGB*

Jobabbau, Standortschließungen und Verlagerung: In der Wirtschaftskrise drücken sich viele Arbeitgeber vor ihrer Verantwortung. Fast täglich greifen sie hart erkämpfte Rechte an – den Achtstundentag, die Lohnfortzahlung bei Krankheit. Am 1. Mai stemmen wir uns gegen diese Attacken. Als Gewerkschaftsmitglieder stehen wir auf und kämpfen für jeden einzelnen Arbeitsplatz. Das Motto für den Maifeiertag 2026 heißt: Erst unsere Jobs, dann eure Profite.

Der Tag der Arbeit ist die Gelegenheit, auf den Straßen und Plätzen des Landes klarzumachen: Profitinteresse darf nicht über Menschenleben gestellt werden. Mit dabei: die Erste Vorsitzende der IG Metall Christiane Benner. Sie spricht am 1. Mai in München. Der Zweite Vorsitzende Jürgen Kerner spricht in Karlsruhe. Hauptkassiererin Nadine Boguslawski hören wir in Dresden. Die geschäftsführenden Vorstandsmitglieder Hans-Jürgen Urban und Ralf Reinstädler kommen als Redner zu den Maikundgebungen in Siegburg beziehungsweise in Siegen. Weitere

Informationen findet Ihr hier: [igmetall.de/erster-mai](https://www.igmetall.de/erster-mai)

## TARIF

# Mehr Geld in der Textilindustrie Ost

## Durchbruch in der dritten Verhandlung

In der Textilindustrie Ost ist Mitte April ein Verhandlungsergebnis erzielt worden: Nach drei Verhandlungsrunden einigten sich IG Metall und Arbeitgeber auf eine Laufzeit von 18 Monaten. Die Beschäftigten erhalten im Juli 2026 eine Einmalzahlung in Höhe von 350 Euro. Ab November 2026 steigen die Entgelte um 2,2 Prozent, eine weitere Erhöhung um 2,3 Prozent folgt im Juni 2027.

Auch die Auszubildenden profitieren: Ihre Vergütungen erhöhen sich im August 2026 um 80 Euro und im August 2027 um weitere 70 Euro. Damit wird ein klares Signal für die Attraktivität der Ausbildung in der Textilindustrie Ost gesetzt.

Ein weiterer wichtiger Bestandteil des Verhandlungsergebnisses ist die Verlängerung der tariflichen Altersteilzeit. Sie schafft Planungssicherheit für ältere Beschäftigte und ermöglicht weiterhin verlässliche Übergänge in den Ruhestand.

Gerade vor dem Hintergrund der angespannten wirtschaftlichen Lage stärkt das Verhandlungsergebnis die Einkommen der Beschäftigten und sorgt zugleich für Verlässlichkeit in den Betrieben. Infos: **textil-tarifunde.de**

## Rat für Tat

# So gibts Geld zurück

### RATGEBER

Bei der Steuererklärung für 2025 können erhöhte Freibeträge und Sonderausgaben geltend gemacht werden. Wer sie gezielt nutzt, bekommt etwas vom Finanzamt erstattet. Was beim Ausfüllen der Formulare zu beachten ist.

Von Martina Helmerich | Illustration: Katja Weikenmeier



Die Abgabe der Einkommensteuererklärung rückt näher. Für das Veranlagungsjahr 2025 ist die **Frist am 31. Juli 2026**, wenn Ihr die Steuererklärung selbst ohne Steuerberater macht. Maßgeblich ist der Eingang beim Finanzamt, nicht das Absendedatum. Mit entsprechender Begründung kann man eine Fristverlängerung beantragen. Viele Steuerpflichtige bekommen Geld zurück in Form von Werbungskosten wie Fahrtkosten zur Arbeit, Homeofficepauschale, Ausgaben für Arbeitsmittel und Fortbildungen. Auch Sonderausgaben und außergewöhnliche Belastungen wirken sich steuermindernd aus.

### Freibeträge

Der Grundfreibetrag wurde angehoben und liegt für Ledige bei 12 096 Euro, für Verheiratete und zusammen Veranlagte bei 24 192 Euro. Bis zu diesem Einkommen zahlt Ihr keine Einkommenssteuer. Der Kinderfreibetrag liegt bei 6672 Euro pro Kind. **Alleinerziehende können zusätzlich den Entlastungsbetrag geltend machen.** Er liegt bei 4260 Euro für das erste Kind und bei 240 für jedes weitere Kind. Voraussetzung ist, dass das Kind mit im Haushalt lebt. Ausgaben für Kinderbetreuung erkennt das Finanzamt bis zu 4800 Euro pro Kind und Jahr an. Dabei gilt die Altersgrenze von 14 Jahren.

### Arbeitnehmerpauschbetrag

Der Arbeitnehmerpauschbetrag beträgt im Veranlagungszeitraum 2025 **1230 Euro** und steht Beschäftigten jährlich zu. Das gilt unabhängig davon, ob sie das ganze Jahr über beschäftigt waren oder nur einen Tag des Jahres. Mit dem Arbeitnehmerpauschbetrag werden Aufwendungen etwa für Fahrten zur Arbeit (Entfernungspauschale), Arbeitsmittel, Fortbildung oder andere als Werbungskosten abzugsfähige Ausgaben bereits beim Lohnsteuerabzug pauschal berücksichtigt. Er ist in den Lohnsteuerklassen I bis V mit monatlich 102,50 Euro enthalten. Wer höhere Werbungskosten hatte, kann sie sich über die Steuererklärung zurückholen.

## Entfernungspauschale

Die Entfernungspauschale wird bei den Werbungskosten in der **Anlage N** eingetragen. Pro Arbeitstag und Kilometer der einfachen Wegstrecke erkennt das Finanzamt 30 Cent an. **Ab dem 21. Kilometer sind es 38 Cent.** Das gilt unabhängig vom gewählten Verkehrsmittel. Übrigens: Ab 2026 wird die Entfernungspauschale ab dem ersten Entfernungskilometer auf einheitlich 38 Cent angehoben.

## Arbeitsmittel

Aufwendungen für Arbeitsmittel werden in die Anlage N eingetragen. Absetzbar sind **Werkzeug, Büromaterial, typische Berufskleidung, Fachliteratur, Schreibtisch oder andere Büromöbel, ein Computer oder andere Bürotechnik.** Aufwendungen für Arbeitsmittel, etwa Anschaffungs- und Instandhaltungskosten, können als Werbungskosten abgesetzt werden, wenn sie nicht vom Arbeitgeber steuerfrei ersetzt worden sind. Werden Arbeitsmittel zu mehr als zehn Prozent privat mitgenutzt, sind die Aufwendungen grundsätzlich nicht absetzbar. In einigen Fällen, etwa bei Computern und Telekommunikationsgeräten, gefährdet eine Mischnutzung die Absetzbarkeit aber nicht. Sie sind entsprechend dem beruflichen Anteil abzugsfähig.

## Homeofficepauschale

Liegt kein steuerlich anerkanntes Arbeitszimmer vor, kann für das Arbeiten in der Wohnung gegebenenfalls eine Tagespauschale steuermindernd berücksichtigt werden. Für Tage, an denen überwiegend (mehr als 50 Prozent) in der häuslichen Wohnung gearbeitet wird und die erste Tätigkeitsstätte nicht aufgesucht wird, können eine **Tagespauschale von 6 Euro je Arbeitstag für höchstens 210 Arbeitstage und maximal 1260 Euro pro Jahr** angesetzt werden.

## Antrag auf Lohnsteuerermäßigung

Wenn die Werbungskosten im Jahr 2026 unter anderem den Arbeitnehmerpauschbetrag in Höhe von 1230 Euro um 600 Euro übersteigen, kann ein Antrag auf Lohnsteuerermäßigung gestellt werden.

**Da ab dem Kalenderjahr 2026 die Gewerkschaftsbeiträge über den Pauschbetrag hinaus begünstigt sind, kann ein Antrag auf Lohnsteuerermäßigung gestellt werden, wenn die Gewerkschaftsbeiträge 600 Euro übersteigen.**

Die endgültige Steuer wird mit dem nächsten Steuerbescheid für 2026 vom Finanzamt festgestellt. **Die monatlich vorgezogene Entlastung beträgt je nach individuellem Steuersatz 15 bis 45 Prozent.** Der Antrag auf Lohnsteuerermäßigung hat zur Folge, dass im laufenden Lohnsteuerverfahren weniger Lohnsteuer abgezogen wird und die Erstattung im Rahmen der Steuererklärung entfällt.

## Lohnsteuerhilfe für Mitglieder

- Eine günstige Steuerhilfe für Mitglieder bietet die IGM Service in Kooperation mit rund 3000 Lohnsteuerberatungsstellen.
- Für Mitglieder der IG Metall entfällt die Aufnahmegebühr. Sie zahlen je nach Einkommen einen sozial gestaffelten Beitrag.
- Die Lohnsteuerhilfe der Kooperationspartner wird in den Räumlichkeiten vieler IG Metall-Geschäftsstellen angeboten. Mehr erfahren registrierte Mitglieder hier: **[igmservice.de/unterstuetzung/lohnsteuerhilfe](https://igmservice.de/unterstuetzung/lohnsteuerhilfe)**
- Der DGB-Ratgeber »Lohnsteuergrundbegriffe 2025« informiert über steuerliche Vergünstigungen und gibt nützliche Tipps und Hilfen zum Ausfüllen der Steuererklärung 2025. Die Broschüre könnt Ihr als PDF herunterladen: **[igmetall.de/lohnsteuer](https://igmetall.de/lohnsteuer)**

## Branche & Betrieb

# Strompreise ziehen Industrie den Stecker

## INDUSTRIEPOLITIK

Mit einem Trick umgeht der Stahlhersteller Georgsmarienhütte Strompreisspitzen. Doch es braucht eine echte Lösung, um die Wettbewerbsfähigkeit aller energieintensiven Betriebe zu erhalten. Deshalb will die Bundesregierung mit einem Industriestrompreis Entlastung schaffen. Die IG Metall enttarnt das Vorhaben als Mogelpackung.

Von Christoph Böckmann



Foto: GMH Gruppe

Flammen schlagen an den Rändern des Ofens in die Höhe. Funken sprühen. Blitzlichter durchzucken die Halle, erleuchten sie. Es zischt und knallt ohrenbetäubend. Währenddessen schmilzt im Elektrolichtbogenofen Schrott zu flüssigem Stahl. Dann wird es ruhig. Abstich. Der Ofen neigt sich zur Seite und kippt das über 1600 Grad heiße Stahlbad in eine Pfanne. Mit Kränen fahren die Beschäftigten der Georgsmarienhütte sie mit ihrem 150 Tonnen schweren Inhalt zu einem der beiden Pfannenöfen. Hier fügen sie Legierungen hinzu, heizen die Schmelze in der Pfanne mit drei Elektroden erneut auf, entgasen und entschwefeln sie in der Vakuumanlage. Danach werden sie die Schmelze in die Stranggussanlage oder in den Blockgussbetrieb schicken.

Es ist ein Spektakel, das sich Yasin Abay gern anschaut. Doch in den letzten Monaten fand es nicht so regelmäßig statt, wie es der Betriebsratsvorsitzende der Georgsmarienhütte-Gruppe (GMH) gern hätte. »Der Ofen blieb oft kalt – zu hohe Strompreise«, sagt Yasin. Hohe Strompreise sind nicht nur für die Georgsmarienhütte ein Problem. Sie belasten die gesamte energieintensive Industrie in Deutschland. Viele Stahlhersteller, Gießereien und Betriebe der Aluminiumindustrie schreiben rote Zahlen, bauen Arbeitsplätze ab. Die IG Metall kämpft deshalb für niedrigere Strompreise für energieintensive Unternehmen.

## Strompreis bestimmt Schichtpläne

Der Elektrolichtbogenofen braucht viel Strom. »Insgesamt verbraucht die Georgsmarienhütte so viel Strom wie die Nachbarstadt Osnabrück, mit allen ihren Bewohnern und ihrer gesamten Industrie«, erklärt Yasin. Bei solchen Mengen schlägt jede Preissteigerung mächtig ins Kontor, sodass das Unternehmen genau auf die Preise achten muss. Yasin berichtet: »Wir erfahren immer am Vortag, wie hoch der Strompreis sein wird. In den Wintermonaten kann es tagsüber teuer werden, denn da wird viel Strom benötigt, aber weniger Strom aus der Photovoltaik geliefert als im Sommer.« Nachts, wenn die meisten Betriebe ruhen, weniger Strom nachgefragt wird und deshalb die Strompreise niedriger sind, schmeißen sie bei der GMH den Ofen an. Zuletzt sind sie im Februar, Januar und Dezember so verfahren. »Nur so können wir schwarze Zahlen schreiben«, erklärt Yasin.

Im Jahr zuvor waren es sogar sechs Monate, die sie bei der Georgsmarienhütte ausschließlich nachts produzierten. Aber es gibt noch andere günstige Zeitfenster: »Als sich vergangenes Jahr abzeichnete, dass Ostersonntag und Ostermontag wieder der Strompreis sehr niedrig sein wird, weil die meisten Produktionen ruhen, haben wir unsere Beschäftigten gefragt, wer freiwillig kommen würde«, erinnert sich Yasin.

Yasin sowie seine IG Metall-Betriebsratskolleginnen und -kollegen sorgen dafür, dass die Flexibilität der Beschäftigten nicht zu sehr belastet wird. »Ungeplante Schichten gibt es bei uns nur auf freiwilliger Basis«, so Yasin. Und: »Muss der Ofen unvorhergesehen ruhen, schauen wir, dass wir Reinigungs-, Vorbereitungs- und Nachbereitungsschichten einlegen.«

Ein größeres Problem haben Betriebe, die nicht so flexibel reagieren können. »Im Durchschnitt müssen Industriebetriebe mit einem Großhandelsstrompreis von 18 Cent pro Kilowattstunde (ct/kWh) rechnen. Davon können sie zwar die Strompreiskompensation abziehen – das ist eine EU-Beihilfe für energieintensive Betriebe, die im internationalen Wettbewerb stehen –, zahlen dann aber immer noch ungefähr 12,8 Cent. In anderen Ländern zahlen Unternehmen zwischen 5 und 8 Cent für die Kilowattstunde, in China und den USA zum Beispiel. »Die senken ihre Strompreise deutlich stärker durch staatliche Subventionen«, erklärt Volker Consoir. Er ist Ressortleiter im Funktionsbereich Industrie- und Branchenpolitik der IG Metall und kämpft gemeinsam mit den Betriebsräten und Beschäftigten der energieintensiven Branchen für niedrigere Strompreise. Was bei ihm Unverständnis auslöst, ist, dass die Strompreise in Deutschland künstlich verteuert werden: »Die Energiebeschaffung und der Vertrieb machen nur rund 40 Prozent des Preises aus, der Rest sind Steuern und Abgaben und staatlich regulierte Gebühren für die Nutzung, Wartung und den Ausbau der Stromnetze«, weiß Volker und betont: »Die energieintensive Industrie in Deutschland hat dadurch einen massiven Nachteil im internationalen Wettbewerb.«

## **In Frankreich geht, was Deutschland für unmöglich erklärt**

Seit 2021 drängt die IG Metall auf einen Industriestrompreis von 5 Cent. Nun will die Bundesregierung einen Industriestrompreis von 5 Cent einführen, nur anders, als von der IG Metall gefordert. Nach dem Entwurf des Wirtschaftsministeriums ist der Industriestrompreis an viele Bedingungen geknüpft, darf außerdem nur für die Hälfte des Stromverbrauchs geltend gemacht werden und das auch nur für drei Jahre. Steuern und Abgaben kommen noch obendrauf.

Am Ende zahlen energieintensive Betriebe nicht wie von der IG Metall gefordert 5 Cent statt 18 Cent, sondern circa 13,5 ct/kWh, errechnen Experten. Damit ist das neue Instrument schwächer als die Strompreiskompensation. Und: Kombiniert werden dürfen diese Instrumente nicht. »Der Industriestrompreis, wie ihn Wirtschaftsministerin Katherina Reiche plant, ist eine Mogelpackung«, sagt daher Jürgen Kerner. Der Zweite Vorsitzende der IG Metall fordert: »Wir brauchen für unsere energieintensiven Betriebe einen Industriestrompreis von 5 Cent – und zwar inklusive aller Abgaben, Umlagen und Netzentgelte. Das ist entscheidend für die Betriebe und Arbeitsplätze in Deutschland.« Die Bundesregierung redet sich raus, EU-Vorgaben würden es verkomplizieren. Ein Argument, das der Zweite Vorsitzende nicht gelten lässt: »In Frankreich können Großbetriebe direkt mit dem Präsidenten einen Industriestrompreis von unterm Strich 5 Cent für 18 Jahre vereinbaren. Wenn das dort geht, muss das bei uns auch gehen.«

Auf dem Spiel steht viel: die Stahl- und Aluminiumindustrie, Gießereien sowie die Chemieindustrie – mit ihnen Milliarden an Wertschöpfung und Hunderttausende Arbeitsplätze. Langfristig geht es um viele Millionen Arbeitsplätze. Denn wenn die Grundstoffindustrie verschwindet, folgen ihr meist auch nachgelagerte Wertschöpfungsbereiche. Allein in den stahlintensiven Branchen arbeiten vier Millionen Beschäftigte in Deutschland. Auch Yasin wünscht sich wettbewerbsfähige Strompreise, um unterbrechungsfrei produzieren zu können. »Ein Stahlwerk darf nicht in der Mittagszeit stillstehen. Der Heiß-kalt-Wechsel macht die Öfen, die Pfannen, die ganze Anlage kaputt. Ein Stahlwerk muss laufen – und zwar 24 Stunden am Tag, sieben Tage die Woche.«

Yasin, Volker und mehr zum Thema hörst Du im Podcast:

**[igmetall.de/im-betrieb/podcast-maloches-und-malibu-s1](https://www.igmetall.de/im-betrieb/podcast-maloches-und-malibu-s1)**.



**»Wir brauchen einen Industriestrompreis von 5 Cent – und zwar inklusive aller Abgaben, Umlagen und Netzentgelte.«**

Jürgen Kerner, Zweiter Vorsitzender der IG Metall

*Foto: Lando Hass*

Deine IG Metall

## 25 Jahre MetallRente

### ALTERSSICHERUNG

Gemeinsam fürs Alter vorsorgen, mehr erreichen: Das ist der Gedanke hinter MetallRente, dem Versorgungswerk der Metallindustrie und weiterer IG Metall-Branchen. 25 Jahre nach der Gründung fragen wir die Geschäftsführerin Kerstin Schminke: Mission erfüllt?

Die Fragen stellte Simon Che Berberich.



Foto: Frank Rumpenhorst

Sicherheit im Alter: Das wünschen sich wohl alle. Eine gute Möglichkeit der Vorsorge sind Betriebsrenten, als ergänzender Baustein zur gesetzlichen Rente. In den Branchen der IG Metall bietet MetallRente seit 25 Jahren Produkte für die betriebliche Altersversorgung (bAV). Wie kam es dazu? Und wie geht es bei der Altersvorsorge weiter? Antworten gibt Kerstin Schminke, die MetallRente seit 2022 leitet.

#### Warum wurde die MetallRente gegründet?

Weil IG Metall und Gesamtmetall ein gemeinsames Ziel hatten: eine überbetriebliche Altersversorgung für Beschäftigte und Unternehmen. Startschuss war 2001 der gesetzliche Anspruch auf Entgeltumwandlung – also darauf, dass ein Teil des Lohns steuer- und abgabenfrei in eine Betriebsrente fließt. Damit auch tarifliches Entgelt umgewandelt werden konnte, wurden Tarifverträge abgeschlossen. Parallel sollte ein Versorgungswerk entstehen, das keine eigenen Gewinninteressen verfolgt: die MetallRente.

#### Was ist die Idee hinter MetallRente?

Der Auftrag lautet: eine verlässliche und faire betriebliche Altersvorsorge für Beschäftigte in den Branchen der IG Metall. Deshalb gelten bei MetallRente-Produkten Großkundenkonditionen für alle, unabhängig von der Betriebsgröße, egal ob Industrie oder Handwerk. MetallRente will soziale Verantwortung und Mitgestaltung per Tarifvertrag verbinden.

#### Welche Vorteile bietet ein eigenes Versorgungswerk wie MetallRente?

MetallRente ist weder ein Versicherungs- noch ein Finanzunternehmen. Sie ist eine Einrichtung der Metall- und Elektroindustrie und weiterer Branchen. Hinter uns stehen die IG Metall und der Arbeitgeberverband Gesamtmetall sowie eine Million Versicherte. Das schafft Verhandlungsmacht gegenüber Geschäftspartnern und ermöglicht Konditionen, die Einzelne nicht erreichen können. Außerdem hat MetallRente eine soziale Orientierung. Die Produkte dienen der Absicherung und nicht der Gewinnmaximierung. Im Fokus steht ein Dreiklang aus niedrigen Kosten, sicherer Kapitalanlage und stabiler Wertsteigerung der gezahlten Beiträge.

## **Welche Vorteile bietet die betriebliche Altersvorsorge grundsätzlich?**

Sie ist die effektivste Form der ergänzenden Altersversorgung neben der gesetzlichen Rente. Ihre Vorteile sind: Großkundenkonditionen, steuerliche Förderung und Arbeitgeberbeteiligung. Häufig verhandeln Betriebsräte und Arbeitgeber die Rahmenbedingungen der bAV in einer Betriebsvereinbarung.

## **Wer als Beschäftigter in eine betriebliche Altersvorsorge einzahlt, spart Steuern und Sozialbeiträge. Bei der Auszahlung fallen dann Abzüge an. Warum ist das vorteilhaft?**

Der Entgeltumwandlungsbetrag wird brutto in die bAV eingezahlt, also vor Abzug von Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen. Die Reduzierung des Nettogehalts ist daher geringer als der Betrag, der tatsächlich in die bAV fließt. Bei Auszahlung der Betriebsrente sind nur Kranken- und Pflegeversicherung abzuführen. Dabei gibt es einen Freibetrag und eine Freigrenze. In der Rentenphase ist auch die Steuerbelastung in der Regel niedriger, weil weniger Einkommen erzielt wird. Gerade dieser steuerliche Hebel sorgt für einen wirkungsvollen Effekt. Trotzdem darf man die Steuer in der Auszahlphase nicht außer Acht lassen und auch, dass niedrigere Sozialbeiträge sich auf die Rentenhöhe auswirken können.

## **Für wen ist betriebliche Altersvorsorge besonders wichtig?**

Gerade junge Menschen können den Vorteil eines langen Anlagezeitraums nutzen, 30 Jahre und mehr. Zeit ist der wichtigste Faktor in der Altersvorsorge. Wer früh beginnt, profitiert stärker von Zins- und Renditeeffekten. Altersvorsorge ist das Thema, um das sich junge Menschen besonders kümmern sollten und zu dem sie sich auch aktiv in die Debatten einbringen sollten.

Unter jungen Menschen gibt es einen Trend zur Geldanlage mit sogenannten ETFs, also börsengehandelten Indexfonds. Taugen diese Fonds für die Altersvorsorge?

Aus unserer Jugendstudie wissen wir, was jungen Menschen bei der Altersvorsorge wichtig ist: 96 Prozent wünschen sich eine lebenslange Rente, 95 Prozent Sicherheit der eingezahlten Beiträge. Und 58 Prozent der befragten jungen Menschen gaben an, Angeboten von Arbeitgebern am meisten zu vertrauen. Die bAV kann alle diese Kriterien erfüllen. Dazu verteilt sie Risiken auf ein Kollektiv und hat eine gute Wertentwicklung zu bieten. Häufig sind diese Angebote und Möglichkeiten jedoch nicht bekannt. ETFs können interessant sein. Aber sie sind keine Altersvorsorge, weil sie weder lebenslange Leistungen bieten noch die Beiträge sicher sind oder ein Schutz vor Marktrisiken gewährleistet ist. ETFs übertragen alle Risiken auf die Einzelperson. Sie bieten keine Planungs- und Existenzsicherheit. Beides ist aber für das Alter besonders wichtig.

## **Welche Rolle spielen ethische Kriterien bei der Metallrente?**

Eine wichtige. In der Kapitalanlage orientieren wir uns am Grundsatz der Nachhaltigkeit. Gemeinsam mit dem Kapitalanlageausschuss legen wir Kriterien fest für soziale, ökologische, ethische Standards und gute Unternehmensführung.

## **Metallrente sichert auch die Arbeitskraft ab. Wie funktioniert das?**

Die private Berufs- und Grundfähigkeitsabsicherung profitiert von der Verhandlungsmacht des Metallrente-Kollektivs. Sie ist auf die Bedürfnisse unserer Branche zugeschnitten. Zudem prüfen wir regelmäßig die Konditionen und die Leistungserbringung durch unsere Partner, damit die Existenzsicherung tatsächlich gewährleistet wird.

## **Wie kann die Politik betriebliche Altersvorsorge stärken?**

Die bAV muss weiter vereinfacht und Bürokratie abgebaut werden. Vor allem muss sie mehr Beschäftigte erreichen. Wir brauchen bessere Anreize und echte Förderung für Beschäftigte mit geringen Einkommen. Die bAV muss im politischen Fokus bleiben. Nicht als Randthema, sondern als wesentlicher Bestandteil einer zusätzlichen Altersvorsorge, weil sie eine paritätische Finanzierung ermöglicht. Erforderlich ist eine breite Abdeckung, damit alle Beschäftigten von der bAV profitieren: unabhängig von Einkommen, Wohnort, Geschlecht und Größe des Unternehmens.

## **Hat die Metallrente nach 25 Jahren ihre Mission erfüllt?**

Wir haben viel erreicht, aber unsere Mission ist nicht abgeschlossen. Wir bleiben Treiber, Partner und Garant für sichere Vorsorge in einer Welt, die sich immer schneller verändert. Das ist und bleibt unser Ziel. Dafür muss sich die Metallrente mit ihren Branchen weiterentwickeln, weil uns die Beschäftigten und Unternehmen vertrauen.

## MetallRente kurz erklärt

- MetallRente ist das gemeinsame Versorgungswerk der IG Metall und des Arbeitgeberverbands Gesamtmetall. Sie organisiert Leistungen für die Altersvorsorge und für die Absicherung der Arbeitskraft.
- MetallRente richtet sich an Unternehmen und Beschäftigte der Metall- und Elektroindustrie, der Stahlindustrie, der Branchen Holz und Kunststoff, IT, Textil und Bekleidung sowie der zugehörigen Handwerksbranchen. MetallRente bietet allen Unternehmen Großkundenkonditionen.
- Im 25. Jahr des Bestehens verwaltet MetallRente mehr als eine Million Verträge in der Altersvorsorge, Tendenz steigend.
- Als Gesellschafterin ist die IG Metall in strategische Weichenstellungen eingebunden, von der Produktgestaltung bis zur Kapitalanlage. Vertreterinnen und Vertreter der IG Metall beraten und beschließen mit.
- Die Vorsorge mit Produkten der MetallRente ist heute in mehr als 50 000 Unternehmen verfügbar.
- Bei Jobwechsel innerhalb der Branche kann eine MetallRente ohne große Umstände und in der Regel zu unveränderten Konditionen fortgesetzt werden.



**»Das große Kollektiv von MetallRente ermöglicht Konditionen, die Einzelne nicht erreichen können.«**

Kerstin Schminke, Geschäftsführerin der MetallRente

*Foto: MetallRente*

## Bildung

# Industrie baut Ausbildungsplätze ab

## AUSBILDUNGSBILANZ

Trotz dringenden Bedarfs an Fachkräften gibt es immer weniger Ausbildungsplätze. Das Beispiel eines Gasturbinenwerks in Berlin zeigt, warum das eine Fehlentscheidung der Unternehmen ist.

Von Jacqueline Sternheimer



Foto: Frank Rumpenhorst

In den Hallen von Siemens Energy in Berlin werden tonnenschwere Gasturbinen gebaut. In Kraftwerken eingesetzt, können sie innerhalb weniger Minuten Energie ins Netz einspeisen, wenn Wind- und Solarstrom plötzlich ausfallen. Diese Flexibilität ist gefragt, die Auftragslage entsprechend gut.

Ähnlich flexibel – allerdings oft deutlich kurzsichtiger – gehen viele Unternehmen mit ihrer Ausbildung um. Je nach wirtschaftlicher Lage steigen oder sinken die Ausbildungszahlen, nicht selten getrieben von kurzfristigen Entscheidungen. Diese Erfahrung hat auch Patrick Fuhrmann gemacht. Der Industriemechaniker ist heute Betriebsrat bei Siemens Energy und kennt die Entwicklung: »Als ich 2016 angefangen habe, hatten wir noch über 70 Auszubildende in meinem Jahrgang – wirklich viele. Einige Jahre später waren es nur noch etwa 20 pro Jahr.«

Hintergrund war eine Phase geplanter Produktionsverlagerungen. Auch Patricks eigene Abteilung sollte verlagert werden. Gemeinsam mit der IG Metall konnte einiges verhindert werden, doch die Unsicherheit blieb lange bestehen. »Irgendwann haben sie gemerkt, dass die Produktion wieder anzieht und dass sie für die hochkomplexen Gasturbinen dringend selbst ausgebildete Fachkräfte brauchen«, sagt Patrick.

## Riskante Entwicklung

Heute bildet Siemens Energy wieder deutlich mehr junge Menschen aus. Doch die Branche insgesamt steuert in die entgegengesetzte Richtung. Die Ausbildungsbilanz 2025 der

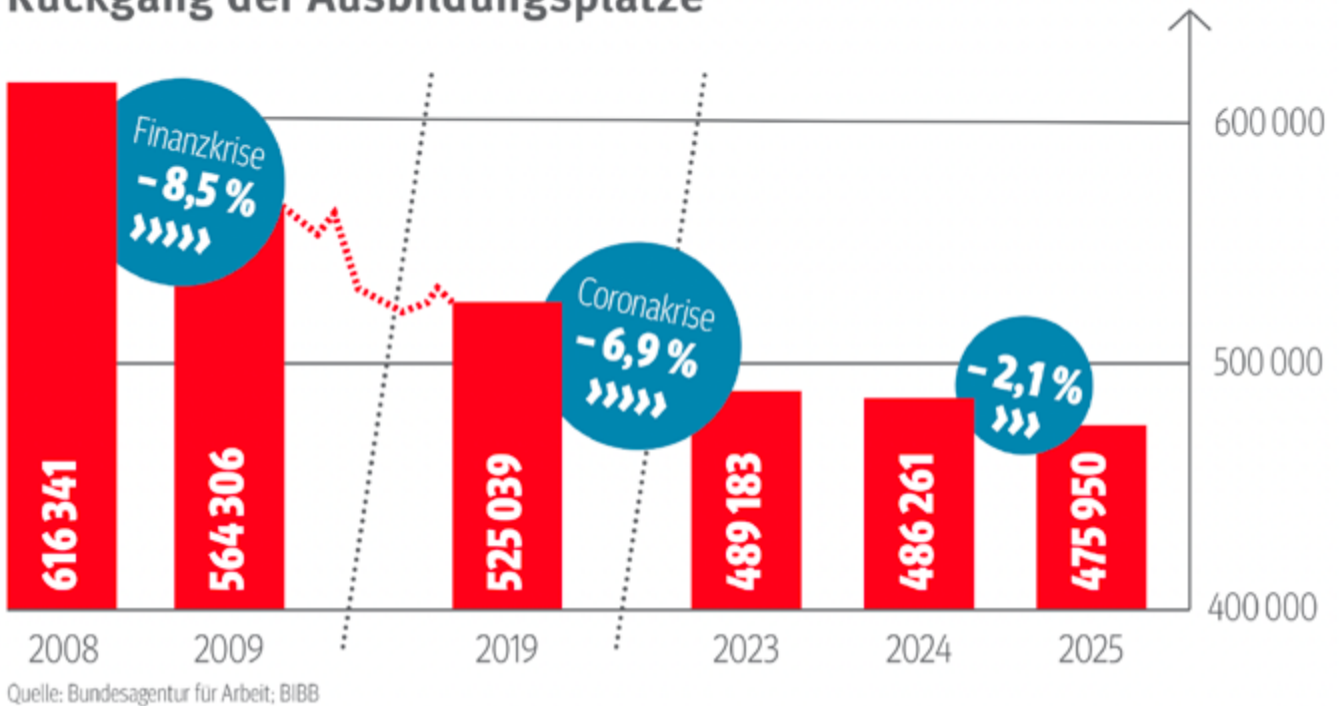
IG Metall zeichnet ein alarmierendes Bild: In den industriellen Kernberufen – also dort, wo Energiewende, Elektromobilität und Zukunftstechnologien entschieden werden – wurden

9,1 Prozent weniger Ausbildungsverträge abgeschlossen als im Vorjahr. Seit 2019 entspricht das einem Rückgang um fast einem Fünftel. Besonders betroffen sind Metall- und Elektroberufe, der Maschinen- sowie Fahrzeugbau und Zulieferer. Gleichzeitig sinken auch die Zahlen in den IT-Berufen deutlich: ein Rückgang um 14,3 Prozent im Vergleich zu 2024, obwohl gerade digitalisierte Industrieprozesse dringend IT-Fachkräfte benötigen. Auch Handwerksberufe verzeichnen ein Minus von

3 Prozent. Gleichzeitig ist die Nachfrage junger Menschen nach Ausbildungsplätzen nicht zurückgegangen – im Gegenteil. Bundesweit stieg sie leicht an. Dennoch sank das Angebot an Stellen um 4,6 Prozent, wodurch 84 400 Jugendliche keinen passenden Ausbildungsplatz erhalten konnten. Davon blieben 40 000 ganz ohne Vertrag, weitere 44 000 mussten sich mit Alternativen zufriedengeben, die nicht ihrem Wunschberuf entsprechen. Viele von ihnen sind motiviert, bekommen aber keine Chance.

Für die Industrie ist diese Entwicklung riskant. Fachkräfte für technologische Schlüsselbereiche lassen sich nicht kurzfristig gewinnen. In allen Berufen ging die Ausbildungsquote in den vergangenen Jahren von 6,5 auf 4,5 Prozent zurück.

## Rückgang der Ausbildungsplätze

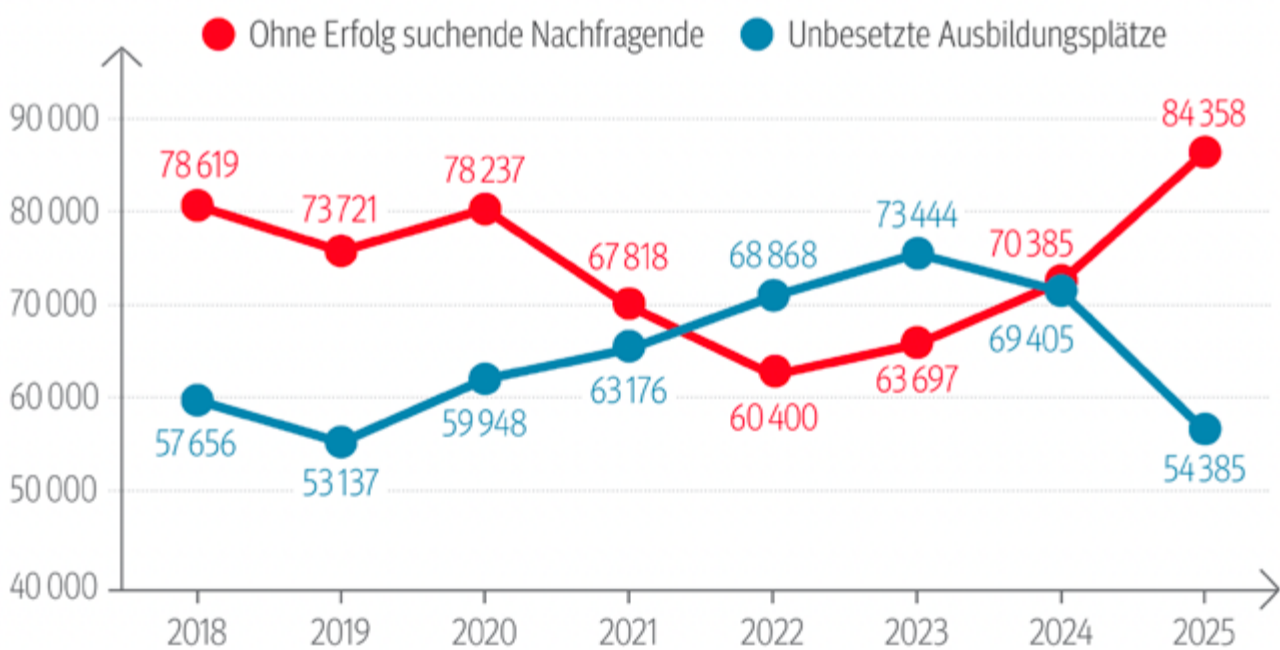


## Vier Fünftel der Betriebe bilden nicht aus

Patricks Betrieb zeigt, wie widersinnig kurzfristige Sparprogramme wirken können: Während die Ausbildung in der Phase des Personalabbaus schrumpfte, schnellten die Aufträge später nach oben, auch aufgrund der Neubewertung von Gaskraftwerken im Rahmen der Energiewende. Plötzlich fehlte Personal. Der Betriebsrat kämpfte dafür, den Fokus wieder auf eigene Ausbildungsjahrgänge zu legen.

Der Blick auf die Branche zeigt jedoch: Die meisten Unternehmen machen genau das Gegenteil. Nur rund 19 Prozent der Betriebe bilden überhaupt noch aus – vier Fünftel mithin nicht. Gleichzeitig sinkt auch die relative Ausbildungsquote: In den Branchen der IG Metall kommen auf 100 Beschäftigte in ausbildenden Betrieben nur noch rund vier Auszubildende, 2019 waren es noch fünf. Das erscheint auf den ersten Blick wenig, ist aber verantwortlich für eine enorme Lücke in einer Industrie, die sich mitten in einem tiefgreifenden technologischen Wandel befindet.

## Mehr unversorgte Jugendliche als unbesetzte Stellen



## Patrick's Herzensangelegenheit: Ausbildung

Die IG Metall fordert deshalb eine politische Kehrtwende: eine gesetzliche Ausbildungsabgabe für Unternehmen, die nicht ausbilden, sowie bessere Berufsorientierung und ein Übergangsmanagement, das verhindert, dass Jugendliche ohne Abschluss in Warteschleifen landen. Denn die Zahlen zeigen klar: Der Markt regelt es nicht. Und die Industrie ist längst an einem Punkt, an dem sie mit ihrer Abbaulogik die eigene Wettbewerbsfähigkeit gefährdet.

Für Patrick ist das Thema längst persönlich. Er begleitet heute Bewerbungsgespräche, betreut neue Auszubildende und engagiert sich dafür, dass sein Unternehmen dauerhaft auf junge Menschen setzt. Er weiß, wie viel ein Betrieb gewinnt, wenn er kontinuierlich ausbildet – und wie viel er verliert, wenn er es nicht tut.

Dass Siemens Energy wieder verstärkt Nachwuchs einstellt, sieht er als richtige Entscheidung. »Die besten Fachkräfte sind die, die man selbst ausbildet.« In seinem Werk hat sich diese Erkenntnis inzwischen durchgesetzt. Ob die Industrie insgesamt diesen Weg einschlägt, bleibt offen. Die Ausbildungsbilanz lässt Zweifel. Doch für Patrick steht fest: »Wenn wir in ein paar Jahren genug Fachkräfte haben wollen, müssen wir sie jetzt ausbilden – nicht erst, wenn der Mangel da ist.«



**»Wenn wir in ein paar Jahren genug Fachkräfte haben wollen, müssen wir sie jetzt ausbilden.«**

Patrick Fuhrmann, Betriebsrat bei Siemens Energy, Berlin

*Foto: privat*

**Guten Appetit!**

## »Teilen und gemeinsam am Tisch sitzen«



*Foto: Katrin Winner*

Unsere Redaktionskollegin Jacqueline Sternheimer hat ein Semester in Thessaloniki studiert – und die griechische Küche (noch mehr) lieben gelernt: »Ich hatte damals als Studentin nie Geld, aber eine wundervolle Zeit. Und mein Rezept für die günstige, schnelle griechische Nudelpfanne ist eine Hommage an diese Zeit. Außerdem kann man sie schnell für viele kochen, was perfekt zum Leben in Thessaloniki und zur IG Metall passt: teilen und gemeinsam am Tisch sitzen.«

Und so wird sie zubereitet: Zucchini in Scheiben oder Würfel schneiden, Zwiebel und Knoblauchzehe fein hacken. Die Tomaten in große Stücke schneiden (für den »Deckeltrick«, siehe unten). Die Nudeln in einem separaten Topf al dente kochen und warm halten.

Parallel zum Nudelkochen Olivenöl in einer tiefen Pfanne erhitzen und die Zucchini kräftig anbraten, bis sie Farbe bekommt. Dann aus der Pfanne nehmen und bereitstellen. In derselben Pfanne Zwiebel und Knoblauch anbraten, Tomatenmark kurz mitrösten (gibt mehr Aroma) und den Zucker dazugeben.

Jetzt die gestückelten großen Tomaten und Zucchini in die tiefe Pfanne geben, Deckel schließen für den Deckeltrick: Die Tomaten verlieren jetzt ihre Flüssigkeit. Circa zehn Minuten bei mittlerer Hitze köcheln lassen, gelegentlich rühren. Dann den Deckel abnehmen, Nudeln und Oliven unterheben und noch einmal zwei bis drei Minuten köcheln lassen. Feta zerbröseln und untermischen. Zum Schluss mit Salz, Pfeffer und den Kräutern abschmecken. Guten Appetit!

## **Zutaten für zwei bis drei Personen**

- 250 g Kritharaki- oder Orzo-Nudeln
- 3 große, reife Tomaten
- 1 Zucchini
- 150 g Feta (zerbröselt oder in Stücken)
- 80 g Kalamata-Oliven
- (entsteint und halbiert)
- 1 kleine Zwiebel oder Schalotte (optional)
- 1 Knoblauchzehe
- 1–2 EL Tomatenmark
- 1 TL Zucker
- 2 EL Olivenöl
- Salz und Pfeffer
- Petersilie oder Basilikum (optional)

## **Dein Rezept**

Sende uns Dein Lieblingsrezept. E-Mail mit dem Stichwort »Rezept« an:

**metall@igmetall.de**

## Service

### Hier kannst Du dich registrieren

Einige Serviceangebote auf der Website der IG Metall sind erst einsehbar, wenn Du Dich online registriert hast. Deinen persönlichen Zugang kannst Du hier einrichten: [igmetall.de/registrieren](https://igmetall.de/registrieren)

### Podcast: Was Betriebsräte alles bewirken können

Hier muss eine Standortschließung abgewehrt werden, da die Transformation zu CO<sub>2</sub>-freiem Fliegen gelingen. Im Podcast hörst Du, was Betriebsräte alles wuppen: [igmetall.de/maloche-malibu](https://igmetall.de/maloche-malibu)

### Deine Geschäftsstelle

Fragen zur Mitgliedschaft beantwortet Deine IG Metall-Geschäftsstelle. Hier findest Du die Kontaktdaten: [igmetall.de/vor-ort](https://igmetall.de/vor-ort)

### Der IG Metall beitreten

Hier kannst Du Mitglied werden: [igmetall.de/beitreten](https://igmetall.de/beitreten)

### Leserbriefe

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen, um möglichst viele Mitglieder zu Wort kommen zu lassen. Es ist leider nicht möglich, alle Zuschriften abzdrukken. Leserbriefe geben nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion wieder.

[metall@igmetall.de](mailto:metall@igmetall.de)

## Impressum

**Herausgeber:** Christiane Benner, Jürgen Kerner, Nadine Boguslawski

**Beauftragte der Herausgeber:** Ursula Kleppmann (verantw. i. S. d. P.)

**Anschrift:**

Redaktion metall, Wilhelm-Leuschner-Straße 79, 60329 Frankfurt am Main

**Chefredakteur:** Mirko Kaiser

**Redaktion:**

Simon Che Berberich, Christoph Böckmann, Jan Chaberny, Dirk Erb, Martina Helmerich, Leonie Scholz, Jacqueline Sternheimer

**Bildredaktion:** Theresa Rundel

**Sekretariat:** Beate Albrecht

**igmetall.de/metall**

**Angebot für Menschen mit Sehbehinderung**

metall gibt es als barrierefreies PDF: **metall@igmetall.de**

**Layout und Gestaltung**

Thomas Pötschick, Aschaffenburg

**Konzeption der Neugestaltung:**

GROOTHUIS. Gesellschaft der Ideen und Passionen mbH, Hamburg

**Vertrieb:**

Thomas Köhler, Telefon: 069 66 93-22 24, Fax: 069 66 93-25 38, **vertrieb@igmetall.de**

**Anzeigen:**

Petra Wedel, Zweiplus Medienagentur, Ober-Ramstadt, **wedel@zweiplus.de**

**Druckvorstufe: datagraphis GmbH**

**Druck und Versand:** Dierichs Druck+Media GmbH & Co. KG

**Papier:**

metall erscheint sechsmal im Jahr. Für Mitglieder der IG Metall ist der Bezug im Beitrag enthalten. Das Papier besteht aus einem nachhaltigen Fasergemisch aus regionalem Altpapier, Holzabfällen und Durchforstungsholz. Weitgehendes Vermeiden von fossilen CO<sub>2</sub>-Emissionen bei der Herstellung des Papiers schützt das Klima.